

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer
Berlin SO 36, Schlesische Str. 42
Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 11944

Berlin, den 4. Oktober 1930

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis:
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Heraus aus der Krise!

Nur keine Zweifel; wir haben am 14. September Lehrgeld zahlen müssen. Mit den besten Organisationen, die die Welt kennt, und den zuverlässigsten Kämpfern sind wir in den Wahlkampf gezogen. Auf unserer Seite waren die stärksten Argumente und die zugfähigsten Parolen. Wir haben uns glänzend geschlagen, aber — wir haben eine Schlappe erlitten. Das Millionenheer der Jugend, die in den Kriegsjahren vor leeren Brotschränken stand, deren junger Geist mit der blutigen Romantik der Kriegsberichte gemäht wurde und die jetzt — elf Jahre nach Kriegsende — vor einer hoffnungslosen Zukunft stehen — diese jungen Menschen sind nicht zu uns gekommen. Die Demagogie der Radikalen stand ihrer Verzweiflung näher als unsere mühsame Tagesarbeit um Fortschritt und Aufstieg. Dieser Wahlkampf ist geschlagen worden von Massen verzweifelter Arbeitslosen und all denen, die zwischen der „Charpybis der Lohnkürzung und der Schylla der Arbeitslosigkeit“ ihre Zukunft dahinstechen sehen.

Es ist nicht die erste Enttäuschung, die wir in den Nachkriegsjahren erleben und sicherlich hat auch in dieser Zeit mehr wie einmal gleich der erste Frost einer üppig aufgeschossenen Pflanze nach kurzem Dasein das Lebenslicht ausgeblasen. Aber sind wir uns darüber klar, diese Schlappe verpflichtet uns zur Selbstkritik, die nicht nur in internen Kreisen unserer Organisationen, sondern mit herzhaftem Mut in aller Öffentlichkeit geführt werden muß. Dabei darf sich diese Kritik nicht auf eine Uebersprüfung der agitatorischen Mängel unserer Bewegung beschränken — das wäre der größte Fehler —, sondern muß viel stärker die praktische Politik erfassen und befruchten.

Drei Millionen Arbeitslose in Deutschland. Dazu über 1½ Millionen Kurzarbeiter. Alles in allem etwa 10 Millionen Menschen, deren Lebenshaltung tief unter einem kulturwürdigen Durchschnitt liegt. Und nun noch die traurige Gewißheit, daß diese Ziffern im kommenden Winter erheblich steigen werden. Wer den 14. September richtig versteht, der weiß, daß in der nächsten Zukunft eine Sorge allen anderen Nöten vorangehen muß. **Arbeit schaffen!**

Aber um Himmelswillen nur keine langen theoretischen Untersuchungen. Keine Frage verträgt weniger Theorie als die Arbeitslosigkeit. Was sollen wir denn mit jenen theoretischen Konstruktionen über die Weltwirtschaftskrise, die uns mit erfährt habe und ohne deren Lösung unsere Arbeitslosen weder Arbeit noch Brot bekommen sollen? Es ist doch unbestreitbar, daß in gleichem, wenn nicht noch stärkerem Maße wie die Weltwirtschaftskrise der jahrelange Kampf der Privatwirtschaft gegen die öffentliche Hand hunderttausende Arbeiter brotlos gemacht hat. Die brutale Methode der deutschen Industrie, mit Hilfe des früheren Reichsbankpräsidenten die Gemeindefinanzen zu drosseln, hat blühende

deutsche Städte an den Bettelstab und mehr als eine halbe Million Arbeiter aus dem Brot gebracht.

Wir haben in Deutschland, wie kaum ein zweites Land der Erde, produktive Beschäftigungsmöglichkeit; Arbeitsgelegenheiten, die dringend sind und dem deutschen Volke produktive, verwendbare unvergängliche Werte schaffen können.

Dreieinhalb Millionen Deutsche sind ohne Wohnung. Rund eine Million Wohnungen fehlen heute. Eine halbe Million davon sind absolut dringliche Fälle. Dazu kommt jedes Jahr ein Zuwachs von 250 000 neuen Haushaltungen. Wir müssen, wollen wir unseren Anspruch als Kulturvolk aufrechterhalten, etwa acht bis zehn Jahre lang jährlich 320 000 bis 340 000 Wohnungen bauen. Wir werden im Jahre 1930 infolge der Drosselung der Gemeindefinanzen nur etwa 200 000 Wohnungen bauen, also 120 000 bis 140 000 zu wenig.

Von unseren 220 000 Kilometer Landstraßen sind nach dem einstimmigen Urteil der Fachleute 180 000 Kilometer dringend ausbaubedürftig. Kommt dieser Ausbau in den nächsten Jahren nicht, so werden unsere Landstraßen von dem rapid steigenden Lastkraftwagenverkehr einfach zusammengeschoben und unermesslicher Schaden angerichtet. Wir müssen 10 bis 12 Jahre lang jährlich etwa 400 bis 500 Millionen Mark zusätzlich verbauen, um den Ausbauplan durchzuführen.

Auch in den deutschen Gemeinden sind in den letzten Jahren wichtige — sehr oft sogar unausschießbare — Aufgaben im Straßen-, Kanal- und Bahnbau, besonders aber bei dem dringend notwendigen Ausbau unserer Volksschulen, immer wieder zurückgestellt worden. Alles Aufgaben, die, je weiter sie hinausgeschoben werden, in Zukunft um so teurer zu stehen kommen.

Allein auf diesen Gebieten können, wenn die dringendsten Aufgaben in Angriff genommen werden, mehr als eine halbe Million Erwerbslose untergebracht werden. Rechnet man die durch Verringerung der Arbeitslosenzahl eintretende Entlastung der Gemeindefinanzämter hinzu, so läßt sich schnell übersehen, in welchem Umfange unsere wirtschaftliche Lage erleichtert werden kann. Diese Hunderttausende neue Käufer, die bisher vollkommen ausfielen, werden auf dem inneren Markt belebende Wirkungen auslösen. Das alte Wort: „Wenn das Bauhandwerk blüht, geht's dem ganzen Volke gut“, hat immer noch etwas zu bedeuten. Die Zeit ist gekommen, wo für den inneren Markt Kaufkraft schaffen, Ausweg aus der Not bedeutet.

Aber woher Geld nehmen, um diese Aufgaben zu erfüllen? Gewiß, da ist der schwierigste und kritischste Punkt. Ich halte die finanziellen Schwierigkeiten einer großzügigen, alles belebenden Arbeitsbeschaffung für durchaus nicht unüberwindlich. Ein Land, das mehr als acht Milliarden Mark in den letzten Jahren ins Ausland wandern ließ, muß, wenn alle Kräfte von Staat und Wirtschaft eingesetzt werden, auch

diese Schwierigkeiten überwinden können. Eine Staatspolitik, die den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit allein anderen Aufgaben voranstellt, dürfte auf dem ausländischen Geldmarkt viel eher größere Mittel flüssig machen können als eine Politik, die „die Dinge ihren Weg gehen läßt“ und dadurch das ganze wirtschaftliche und soziale Leben der Nation erschüttert. Es ist ja unfaßbar, daß trotz der Erkenntnis, ohne Auslandsanleihen können diese Aufgaben nicht erfüllt werden, wir in einer Zeit, wo in den führenden Geldgeberländern der Diskont durch die Weltkrise einen Tiefstand erreicht hat wie nie zuvor, die günstigen Gelegenheiten, die sich uns bieten, verpassen müssen. Mit dem Abebben der Weltkrise wird der Diskont nicht weiter fallen, sondern wieder steigen. Je niedriger aber der Diskont, desto günstiger die Zinsfüße. Im Wohnungsbau wie im Straßenbau lassen sich aus den Einnahmequellen — Hauszinssteuer und Kraftfahrzeugsteuer — laufend Mittel freistellen, die den Kapitaldienst für aufgenommene Gelder sicherstellen würden.

Aber was nützt es, lautet eine andere Frage, wenn auf der einen Seite der Arbeitsmarkt entlastet wird und auf der anderen Seite der Zustrom neuer Erwerbslosen nicht eingedämmt wird. Richtig, eine entschlossene Arbeitsbeschaffung muß gleichzeitig Sicherungen schaffen gegen neue Erwerbslosigkeit. Aber die neugeschaffene Arbeit wird sich ja bis weit in die bedeutendsten Zweige der Wirtschaft belebend auswirken, und so das beste Mittel gegen neue Arbeitslosigkeit überhaupt sein. Die Arbeitslosigkeit, die als Folge von Zusammenschlüssen in der Industrie und damit verbundenen Betriebsstillegungen oder durch Quotenhandel entsteht, bleibt jedoch weiter eine große Gefahr. Trotzdem lassen sich auch hier Wege finden, um sie einzudämmen. Der Quotenhandel und die Zusammenschlüsse in der Industrie, die Betriebsstillegungen zur Folge haben, müssen mit dem Risiko der Arbeitslosenversicherung belastet werden. Das kann in der Form geschehen, daß die aufkaufende Industrie für eine be-

stimmte Zeit die Beiträge der entlassenen Arbeiter zur Arbeitslosenversicherung weiterzahlen muß. Diese Lösung ließe sich natürlich noch durch andere Wege vereinfachen.

Doch nur kein Stückwerk, keine Flickschusterei. Was nützt es, hier 50, dort 100 Millionen in die Wirtschaft zu stecken. Damit wird der Arbeitsmarkt nicht entlastet. Es muß System in die Arbeitsbeschaffung kommen. Es hat auch keinen Zweck, wenn die Post zusätzliche Aufträge vergibt, um neue automatische Fernsprechämter einzurichten und dadurch neue Arbeitslosigkeit schafft. Das Ziel, den Arbeitsmarkt zu entlasten, muß bei jeder Maßnahme entscheidend sein.

Wir brauchen in Deutschland ein großzügiges Arbeitsprogramm für die nächsten acht bis zehn Jahre, in dessen Mittelpunkt Wohnungsbau und Straßenbau stehen müssen. Das Programm muß gleichzeitig die wichtigen Gebiete der Siedlungspolitik und der Heranbildung geeigneter Arbeitskräfte für die Landwirtschaft enthalten. Kurz, alles, was getan werden muß, um Arbeit zu beschaffen, um die Wirtschaft zu beleben, um die innere Kaufkraft zu stärken, muß in ein klares, großzügiges Programm eingebaut werden. Jedes Jahr muß ein Abschnitt dieses Programms durchgeführt werden. Alle Fragen, die nicht mittelbar oder unmittelbar der Entlastung des Arbeitsmarktes dienen, müssen vor dieser großen Aufgabe zurücktreten. Sozusagen das ganze Volk, die ganze Staatsmacht muß in den Dienst dieser Aufgabe gestellt werden.

Die Partei steht vor einer der schwierigsten Aufgaben, die ihr je gestellt waren. Einer Bewegung, der es gelungen ist, die deutsche Arbeiterschaft aus Krieg, Inflation, Ruhrkrieg und vielen anderen schweren Erschütterungen heraus zu retten und auf ein starkes soziales Fundament zu stellen, sollte auch die Aufgabe, „heraus aus dieser Krise“, gelingen. Alle Fragen der Gegenwart, mögen sie nun die Staatsform, den Parlamentarismus, die Kultur- oder Sozialpolitik betreffen, werden nur fortschrittlich gelöst werden, wenn es gelingt, den schwersten Feind der Arbeiterklasse, die Arbeitslosigkeit, niederzukämpfen. Rudolf Sengersdorff.

Die Zahl der Arbeitnehmer in Deutschland

Die rapid angestiegene Zahl der Arbeitslosen in Deutschland läßt die Frage aufwerfen, ob diese Zunahme allein durch die Rationalisierung der Industrie verursacht wurde oder ob sie durch die Zunahme der Arbeitnehmer mit veranlaßt ist. Eine Berufszählung, die auf diese Frage erschöpfende Antwort geben könnte, hat in den letzten Jahren nicht mehr stattgefunden. Die letzte Berufszählung war im Jahre 1925. Es ist daher verdienstlich, daß das Statistische Reichsamt in einer der letzten Nummern von „Wirtschaft und Statistik“ versucht, die Entwicklung der Arbeitnehmerzahl in den letzten Jahren schätzungsweise aufzuzeigen.

Mitte Juni 1925 wurden 19 500 000 Arbeitnehmer (13 365 000 männliche und 6 195 000 weibliche) gezählt. Davon waren 3 600 000 Angestellte (2 400 000 männliche und 1 200 000 weibliche). Die Zahl der Angestellten, die in den Ergebnissen der Berufszählung nur in einer Summe mit den Beamten nachzuweisen sind, wurde unter der Verwendung anderer Statistiken gezählt. Zu der oben genannten Zahl der Arbeitnehmer kommen noch etwa 300 000 nebenberuflich als Arbeitnehmer tätige Personen.

Die Zunahme der Arbeitnehmerzahl, die in den letzten fünf Jahren eingetreten ist, erklärt sich hauptsächlich aus dem Zuwachs an Personen des erwerbsfähigen Alters. In den Jahren 1925 bis 1929 sind die noch stark besetzten Geburtsjahrgänge der letzten Vorkriegsjahre in das erwerbsfähige Alter eingedrückt.

Das Statistische Reichsamt schätzt in den einzelnen Jahren die Zahl der hauptberuflichen Arbeitnehmer folgendermaßen:

Geschätzte Zahl der hauptberuflichen Arbeitnehmer				
	Männer	Frauen	Zusammen	Zu- bzw. Abnahme
Mitte 1925	13 365 000	6 195 000	19 560 000	
Anfang 1926	13 529 000	6 284 000	19 813 000	+ 253 000
" 1927	13 857 000	6 437 000	20 294 000	+ 481 000
" 1928	14 137 000	6 548 000	20 685 000	+ 391 000
" 1929	14 392 000	6 589 000	20 981 000	+ 296 000
" 1930	14 540 000	6 564 000	21 104 000	+ 123 000
" 1931	14 609 000	6 470 000	21 079 000	- 25 000

Im Anfang des Jahres soll also zum ersten Male eine Abnahme der Zahl der Arbeitnehmer, wenn auch nur um 25 000 eintreten. Diese Abnahme wird verursacht durch die Verringerung der weiblichen Arbeitnehmer, die schon im Anfang des Jahres 1930 einsetzt, während die Zahl der männlichen Arbeitnehmer weiter zunimmt.

Die Gesamtzahl der Arbeitnehmer hat sich im Laufe der letzten fünf Jahre um etwa 1 532 000 Personen erhöht. Die deutsche Wirtschaft beschäftigt also heute — wenn man mit einem Gesamtbestand von knapp drei Millionen Arbeitslosen rechnet — etwa 1½ Millionen Arbeitnehmer weniger als zur Zeit der Berufszählung vom 16. Juni 1925, wo es nur eine verhältnismäßig geringe Zahl von Arbeitslosen gab, nämlich 214 000 Hauptunterstützungsempfänger.

Die hier durchgeführte Berechnung kann zum Teil mit Hilfe der laufenden Statistik über die Zahl der Krankenkassenmitglieder nachgeprüft werden. Gewisse Schwierigkeiten ergeben sich allerdings daraus, daß nicht alle zur Gruppe der Arbeitnehmer gezählten Personen krankenversicherungsspflichtig sind. Es fehlen vor allem die Angestellten, die mehr als 3600 Mk. Jahresgehalt beziehen. Ihre Zahl kann jedoch annähernd aus den Berichten der Reichsanstalt für Angestelltenversicherung ersehen werden. In dem oben angeführten Aufsatz in „Wirtschaft und Statistik“ wird nun nachgewiesen, daß auch nach der Krankenkassenstatistik in den Jahren 1925 bis 1929 die Zahl der Arbeitnehmer um rund 1½ Millionen zugenommen hat.

Seit Mitte des vorigen Jahres ist das Anwachsen der Arbeitnehmerzahl von der Bevölkerungsseite her zum Stillstand gekommen, so daß man für die nächsten Jahre, in denen die aus der Kriegszeit stammenden Geburtsjahrgänge auf dem Arbeitsmarkt erscheinen, mit einer annähernd gleichbleibenden Zahl von rund 21 Millionen Arbeitnehmern rechnen können. An diese Auffassung des Statistischen Reichsamts läßt sich wohl die Hoffnung anschließen, daß nach Ueberwindung des kommenden, aller Voraussicht nach sehr schweren Krisenwinters die Zahl der Arbeitslosen nicht weiter steigen dürfte.

Dr. Wilhelm Wolff.

Die Gewerkschaften und die Nazis

Der Wahlkampf ist beendet, sein überraschendes Ergebnis bekannt. Die Nazis haben entgegen den schlimmsten Prophezeiungen 107 Mandate errungen. Wie ist dieser Erfolg der Nazis bei der bisher bürgerlich wählenden Wählerschaft zu erklären? Ist diesem Erfolg eine bleibende Wirkung beschieden? Was für eine Bedeutung hat der Erfolg der Nazis für die freien Ge-

mit zwingender Notwendigkeit: Die Mehrheit des Volkes ist heute gegen den Kapitalismus. Ideologisch ist die Mehrheit des Volkes gegen den Kapitalismus eingestellt. Mit Ausnahme des Katholizismus vermag heute keine liberalistische, konservative, nationalistische oder monarchistische Idee eine bezwingende Kraft auf die Arbeiterschaft auszuüben. Alle diese bürgerlichen Ideologien ver-

mögen die Arbeiterschaft nicht in ihren Bann zu ziehen. Nur noch ein Mittel hat das Kapital und seine politischen Trabanten einschließlich der Nazis, um diese Arbeiterschichten dem Sozialismus zu entfremden, ihnen den Weg zu den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie zu erschweren. Es ist die Verächtlichmachung der Arbeiterbewegung. Das war im letzten Wahlkampf das einzige Mittel der Bekämpfung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. Man macht das auf zweierlei Weise. Die Führer der Arbeiterbewegung werden verleumdet. Die Fragen der Gehälter der Ministerpensionen von Arbeiterführern haben wohl in keinem anderen Wahlkampf eine so große Rolle gespielt, wie im vergangenen. (Alle Arbeiterorganisationen werden diese Fragen genau zu prüfen und alle Mängel zu beseitigen haben.) Damit ist das Verhalten der Arbeiterführer auch in persönlicher Hinsicht der privaten Sphäre entrückt und zu einer akuten politischen Frage geworden. Auf allen Genossen, die irgendeine verantwortliche Stelle inne haben, die Arbeiterschaft in irgendeiner Körperschaft vertreten, ruht hier eine große Verantwortung. Wer solche Funktionen bekleidet und das auch fernerhin tut, wird sich damit abfinden müssen, auch für sein persönliches Leben und Verhalten seiner Organisation gegenüber Verantwortung schuldig zu sein. — Doch nicht nur persönlich, auch politisch verleumdet man die Arbeiterbewegung. Einzelne politische Handlungen, Dorfschlüge und Entwürfe in Verhandlungen werden aus dem Zusammenhang gerissen, übertrieben dargestellt. Oft wird aus einer kleinen politischen Maßnahme eine hochpolitische Aktion. Gegenüber diesen Angriffen und Verleumdungen kann sich die Arbeiterbewegung nur durch eine gerade Linie in ihrer Politik, durch **A u f k l ä r u n g** und **Agitation** helfen. Deshalb es notwendig sein, daß man die bisherigen Mittel und Methoden genau auf ihre Wirksamkeit prüft und neuere, bessere einzuführen sucht.

Wird es den Nazis nun gelingen, ihren Wahlerfolg zu einem dauernden, ihren Wahlerfolg zu einem dauernden auszubauen? Vor allem: wird es ihnen gelingen, in der Arbeiterschaft Fuß zu fassen und hier eine entscheidende Macht zu werden? Wir sagten: viele Arbeiter wählten Nazis, weil sie von ihnen eine Beseitigung der wirtschaftlichen Not erhofften. Daß aber die Nazis hierzu nicht in der Lage sind, braucht wohl nicht näher bewiesen zu werden. Selbst bei einem gelungenen Putsch könnten die Nazis diese Versprechungen nicht erfüllen. Denn erstens müßten die Nazis, um einen Krieg mit den Siegerstaaten zu vermeiden, der ihrer Herrschaft eine Ende bereiten würde, sich nach dem Putsch beeilen, den Young-Plan, die Reparationen anzuerkennen. Zweitens hat bei den Nazis der nationalitätlich-kapitalistische Flügel noch die Vorherrschaft. Wollten die siegreichen Nazis die Wirtschaftskrise durch politische, kapitalistische Methoden beseitigen, so wären sie sicher so hilflos wie die heutige Brüning-Regierung oder Mussolini in dieser Frage es sind. Aber auch in einer

Arbeitslos

Manchen Tag
verträumen wir auf Brücken.
Welch Bedrückten,
wenn die Wellen schnellen Laufs zerrinnen.
So gestehen, so entrinnen
unsre Tage in den leeren Raum der Zeit,
Bitterkeit
heißt unser Fluß,
Warten, Warten unser Muß.

Morgens
wir am Fenster stehen,
sehen Kommen, Gehen
zwischen Ruh und Schicht.
Uns ruht die Fabrik sirene nicht.
Müssen zuschauen, wie aus Schweiß und Mühen
Blumen des Geborgenseins erblihen.
Arbeit ist gewiß ein Joch,
ach, wie gerne trügen wir es doch,
ach, wie gerne trügen wir die Plage,
statt der ausgezwungenen toten Feiertage.

Mittags
kocht das Mahl der Mangel,
steht der Hunger zwischen Tür und Angel.
Jeden Abend, Schaffenden die Raft,
sitzt bei uns der träge Gram zu Gast.
Nacht ist tiefe, dunkle Kluff.
Weh, wenn uns der grelle Morgen ruft,
wiederum zum Bettelgang verdammt:
Arbeitsamt! Arbeitsamt!

So zermürbt,
daß das Leben stückweis stirbt.
Selbst zum Ausruhr reichs nicht mehr.
Schlaff der Arm, der Kopf gedankenleer.
Schmäht nicht, die sich schon verbrüden,
vor dem grauen Nichts die Schulter bilden ...
Die ihr an den vollen Schüsseln sitzt,
ja, ihr füllt euch wohlgeborgen,
denn euch plagen nur die Sorgen,
ob der Staat das Eigentum beschützt.

Manchen Tag
verträumen wir auf Brücken
und wir blicken
unverwandt ins Wellenspiel.
Nacht, entzerrt sich unser Ziel?
Wer ermisst, was uns an Leid geschieht ...
Ist's der Fluß, der da von dannen zieht?
Stein um Stein mächtig zum Sand zerrieben,
wer erreicht die Mündung, wer wird abgetrieben?
Wissen wir's, im Maßstrom eingeteilt,
weiß die Welle, warum sie entteilt?

Julius Zerfass

So war die Entscheidung mancher Arbeiter für die Nazis zunächst ein Protest gegen die heutige Wirtschaftsnot, eine Ablehnung des Kapitalismus. Auch bei vorsichtiger Betrachtung darf man wohl zu dem Schluß kommen, daß die Nazis von Arbeiterschichten nur wegen ihrer sozialen Phrasologie, wegen ihres Kampfes gegen den Kapitalismus — mag er noch so vorgetäuscht sein — gewählt wurden. Die nationalitätliche Propaganda der Nazis spielt dabei sicher eine geringere Rolle. Oder glaubt jemand im Ernst, daß die Nazis ohne die geschickte Ausnutzung der wirtschaftlichen Not für ihre Partei, allein gestützt auf ihren Nationalismus, auch nur größere Kreise der Arbeiterschaft für sich hätten gewinnen können? Wenn also der Nationalismus nicht entscheidend ist, so ergibt sich

Wird es den Nazis nun gelingen, ihren Wahlerfolg zu einem dauernden, ihren Wahlerfolg zu einem dauernden auszubauen? Vor allem: wird es ihnen gelingen, in der Arbeiterschaft Fuß zu fassen und hier eine entscheidende Macht zu werden? Wir sagten: viele Arbeiter wählten Nazis, weil sie von ihnen eine Beseitigung der wirtschaftlichen Not erhofften. Daß aber die Nazis hierzu nicht in der Lage sind, braucht wohl nicht näher bewiesen zu werden. Selbst bei einem gelungenen Putsch könnten die Nazis diese Versprechungen nicht erfüllen. Denn erstens müßten die Nazis, um einen Krieg mit den Siegerstaaten zu vermeiden, der ihrer Herrschaft eine Ende bereiten würde, sich nach dem Putsch beeilen, den Young-Plan, die Reparationen anzuerkennen. Zweitens hat bei den Nazis der nationalitätlich-kapitalistische Flügel noch die Vorherrschaft. Wollten die siegreichen Nazis die Wirtschaftskrise durch politische, kapitalistische Methoden beseitigen, so wären sie sicher so hilflos wie die heutige Brüning-Regierung oder Mussolini in dieser Frage es sind. Aber auch in einer

Koalition mit den bürgerlichen Parteien, in einem Rechtsblock, wären die Nazis nicht in der Lage, entscheidende Dinge gegen den Kapitalismus zu unternehmen, auch wenn sie es wollten. Denn dafür bürgt die bürgerlich-kapitalistische Mehrheit in einem solchen Kabinett. Sie könnten gemeinsam mit den Bürgerlichen wohl der Arbeiterbewegung empfindlichen Schaden zufügen, aber die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, dazu wären sie nicht in der Lage. Es ist also mit Sicherheit anzunehmen, daß ein großer Teil der Wähler, die von den Nazis ein Ende dieser Not erwarteten, sich enttäuscht von den Nazis abwenden werden.

Die Frage, ob den Nazis ein dauernder Erfolg beschieden ist, hängt unmittelbar mit der anderen Frage zusammen: Wie stehen die Nazis zu den Gewerkschaften? Denn nur die Arbeiterpartei hat einen festen Bestand an Anhängern, das hat auch der letzte Wahlkampf wieder bewiesen, die die Gewerkschaften hinter sich hat, deren Macht sich auf dem Betrieb aufbaut. Das sehen und wissen auch die Nazis. Auf dem Parteitag 1928 in Nürnberg haben sie zu dieser Frage Stellung genommen. Seit dieser Zeit haben wir auch die Versuche der Nazis, in die Gewerkschaften einzudringen und die Organisationen von innen heraus zu sprengen.

Doch bei den freien Gewerkschaften ist diese Parole nie ernstlich versucht worden und sie ist in den wenig erprobten Fällen auch völlig mißglückt. Von dieser Seite aus droht den freien Gewerkschaften keine Gefahr. Doch die Nazis haben sich in ihrer gewerkschaftlichen Politik umgestellt. Sie propagieren heute die Idee der nationalsozialistischen Zellen in den Betrieben. Sie haben leider schon in einigen Industrien, wie der Filmindustrie, bei Banken, Post, Straßenbahnen, Hüttenwerken usw. gewisse Erfolge erzielt, wie die einzelnen Betriebsräte wahlen zeigten. Es ist also durchaus nicht ausgeschlossen, daß auf diese Weise den freien Gewerkschaften ein Konkurrent entsteht, der sich der Unterstützung der meisten Unternehmer erfreut und deshalb um so schwieriger zu bekämpfen ist. Es ist deshalb durchaus keine übertriebene Angstlichkeit, sondern eine nüchterne Einschätzung der wirklichen Lage, wenn wir von jedem Gewerkschafter fordern: Wehrt den Anfängen! Ersticht diese gelb-faschistische Gefahr im Keime. Mit welchen Mitteln und Methoden das am besten geschieht, das werden die berufenen Organe der einzelnen Gewerkschaften genau zu untersuchen haben. Unsere Parole sei: Keine Nazizelle in einem Betrieb! A. Schweißer.

Dritter Kongreß des ADB.

Dom 18. bis 20. September 1930 tagte in München das Parlament der freigewerkschaftlichen deutschen Beamtenschaft. Der „Allgemeine Deutsche Beamtenbund“, der einen Organisationsvertrag mit dem ADB und dem AsA-Bund abgeschlossen hat, und zur Wahrung der wirtschaftlichen und sozialen Belange seiner Mitglieder mit den Arbeitern und Angestellten Hand in Hand marschiert, zählt heute rund 180 000 Mitglieder. Der Bundeskongreß stand ganz im Zeichen der hinter uns liegenden Reichstagswahl. Erfreulich aber war der Ausdruck der inneren Geschlossenheit, sich unter allen Umständen mit den Arbeitern und Angestellten gegen jede Diktatur und für die Republik einzusetzen.

Welcher Anerkennung sich der Allgemeine Deutsche Beamtenbund in der Öffentlichkeit erfreut, zeigte die starke Beschickung des Kongresses mit Vertretern der Ministerien und Behörden; außerdem waren Vertretungen der in- und ausländischen befreundeten Organisationen und der wirtschaftlichen Einrichtungen der deutschen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenschaft anwesend.

Die Zusammenarbeit des Allgemeinen Deutschen Beamtensbundes mit dem Internationalen Arbeitsamt zur internationalen Regelung der beamtenrechtlichen und Befoldungsverhältnisse kam durch die Ausführungen des Oberregierungsrats Donau als Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes Genf zum Ausdruck. Er betonte, daß diese Zusammenkünfte der Beamten unter Leitung des Internationalen Arbeitsamtes auch praktische Friedensarbeit bedeuten. Der Vertreter der französischen Beamtensorganisationen hob die gleichlaufenden Interessen der französischen und deutschen Beamtenschaft hervor.

In dem Geschäftsbericht des Bundesvorsitzenden Falkenberg war ein erfreulicher Aufstieg der freigewerkschaftlichen Beamtensbewegung zu vermerken. Dabei darf nicht vergessen werden, daß gerade die Beamten in den letzten Jahren und auch heute noch wiederholten Angriffen seitens der Öffentlichkeit wie auch der Wirtschaft ausgesetzt sind. Das zeigt sich besonders in der Notopferfrage. Aus diesen und anderen Tatsachen geht hervor, daß Beamte, Arbeiter und Angestellte auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden sind. In der Berichtszeit haben sich sieben weitere Organisationen dem ADB angeschlossen, und eine Konzentration durch Zusammenschluß verschiedener Beamtensorganisationen des Gesamt-Verbandes trug dem Zuge der Zeit Rechnung.

Angriffe auf die Haltung des Bundesorgans, die „Allgemeine Deutsche Beamten-Zeitung“ bezüglich der Stellungnahme zur Reichstagswahl, veranlaßten den Chefredakteur Händeler, den Aufruf zur Wahl der Sozialdemokratie zu verteidigen. Dabei betonte er, daß parteipolitische Neutralität nicht bedeute, daß die Organisationen nicht mehr in der Lage sein sollen, auf die politischen Vorgänge und auf die Zusammensetzung der Parlamente, die entscheidend die Beamtenverhältnisse beeinflussen, einzuwirken. Eine erfolgreiche Gewerkschaftspolitik ohne maßgebenden Einfluß auf die Parteipolitik in allen Fragen, in denen gewerkschaftliche Interessen berührt werden, sei undenkbar. Kollege Bender vom Gesamt-Verband billigte namens des Einheits-Verbandes der deutschen Eisenbahner und des Gesamt-Verbandes in einer Erklärung den Aufruf in der „Allgemeinen Deutschen Beamten-Zeitung“.

Der Kongreß verwahrte sich scharf dagegen, daß der thüringische nationalsozialistische Innenminister Fricke die Haltung des ADB in dieser Frage zum Anlaß genommen hat, den thüringischen Polizeibeamten die Zugehörigkeit zur freigewerkschaftlichen Beamtensorganisation zu verbieten. Da der Erlaß bis heute noch nicht zurückgenommen ist, soll im Wege eines Verwaltungsstreitverfahrens der unzulässige Eingriff in das Koalitionsrecht festgestellt werden.

Reichstagsabgeordneter Dr. Hans Dölter, Mitglied des Bundesvorstandes des ADB, sprach dann über „Rationelle Personalpolitik in den öffentlichen Verwaltungen und Betrieben“. Dabei ging er auf die Notwendigkeit und die große Bedeutung der öffentlichen Wirtschaft ein. Nach der gewerblichen Betriebszählung von 1925 wurden in 23 588 öffentlichen und gemischt-wirtschaftlichen Unternehmungen rund 2 Millionen Personen beschäftigt. Das Anlagevermögen in diesen Betrieben beträgt heute etwa 50 Milliarden Mark, der Wert des Umlages 13,5 Milliarden Mark und der Nettoüberschuß über 2 Milliarden Mark. Schon aus diesen Zahlen ergibt sich die große Bedeutung der öffentlichen Wirtschaft und damit auch des Problems einer rationalen Betriebsführung, die sich natürlich auch auf die Verwaltungsbranche erstrecken muß. Das Beamtenverhältnis ist auf eine neuzeitliche, sozial und wirtschaftlich ausreichend fundierte Rechtsgrundlage zu stellen und ein neuzeitliches Beamtenrecht zu schaffen. Eine Entschärfung zu diesem Referat wendet sich auch gegen die Verschlechterung des Urlaubs und die einschlägigen Rechtspolitik.

Ueber das Thema „Der Beamte im sozialen Volksstaat“ referierte Universitätsprofessor Dr. Heller, der insbesondere Wert darauf legte, das Kernproblem unserer heutigen politischen Auseinandersetzungen, soweit es den Beamten betrifft, und die Frage, ob Diktatur oder Demokratie herauszuschälen. Er kam in seinen Ausführungen zu dem Ergebnis, daß das Beamtentum seinen stärksten Gegner nicht unter denen, die überzeugte Anhänger der Demokratie sind, findet, sondern in den Kreisen der sogenannten Wirtschaft, in deren kapitalistischem System das Beamtentum nicht recht passen will. Beherzigenswert war seine Mahnung, daß der Beamte die Zeit verstehen müsse, und wenn es zu einem zweiten Diktaturversuch kommt, er der Beamtenschaft im Verein mit den Angestellten und Arbeitern gelingen möge, den Anschlag abzuwehren. Diesem Wunsch schloß sich in seinen Abschiedsworten im Auftrage der ausländischen Vertretungen Kollege Janicki, Wien, an.

Kollege Kunze wies die ungeheure Zersplitterung in der Beamtensbewegung gegenüber der Arbeiterbewegung nach. Die Zahl der Beamtensverbände ist von 472 im Jahre 1925 auf 668 im Jahre 1929 gestiegen. Im gleichen Zeitraum ging aber die Zahl der erfaßten Beamten von 1 994 512 auf 1 619 000 zurück.

Kollege Falkenberg wies zum Schluß mit Recht darauf hin, daß die künftige Entwicklung von uns mehr als seither beeinflusst werden muß; denn auch für Beamte gilt das Wort, daß sie nur sich selbst befreien können.

Der Verlauf des Bundeskongresses zeigte, daß die freigewerkschaftlich organisierten Beamten den festen Willen haben, mit den Angestellten und Arbeitern jeden Angriff auf die verfassungsmäßig garantierten Rechte der deutschen Arbeitnehmerchaft, auf die Republik und die Koalitionsfreiheit abzuwehren! E. F.

Herbstgarten

Der Herbst im Wechselspiel der Natur



Der Herbst ist am Werke, der große Künstler, dieser Meister der ernststen Farben. Das Grün des Sommers war uns Hoffnung und frohes Leben. Meister Herbst aber malt rot und gelb und braun. Er malt besinnlich. Und statt der lieblichen Blumen des Sommers, die da von Schmetterlingen umspielt uns wie Kinder in Freude schienen, schafft der Herbst uns die Äster, die da so schwermütig dreinschaut, als litte sie darunter, daß ihr das muntere Spiel mit den Schmetterlingen nicht mehr vergönnt sei.

Und doch lieben wir auch den Herbst in seinem künstlerischen Gestalten, wie wir den Sommer lieben und den Frühling. Natur ist schön, was sie auch schafft. Sie ist die universale Künstlerin. Allseitig sind ihre Werke. Aus Frohsinn sind sie geboren und aus Ernst. Hier jauchzt der Frühling im Wachsen und Knospen und da wieder liegt es über dem Herbst wie ernste Besinnlichkeit. Und nur das Ganze, das Frohe und Ernste, das Keimende und das Reife, nur die Farben des Frühlings und des Herbstes vereint sind das große Gesamtwerk der Natur als Künstlerin.

Widernatürlich ist es und unkünstlerisch, das Leben in Teilen zu betrachten, die aus dem Ganzen gerissen sind. Nur in seiner Gesamtheit ist das Leben wahr. Nur als Frühling und Sommer und Herbst und Winter zeigt die Natur sich in ihrem künstlerischen Schöpferum ganz.

Wer diesen Künstlergeist universaler Weltgestaltung in sich trägt, der will darum nicht nur Herbst oder nur Frühling sein. Nur Alte und Junge vereint sind das ganze Leben. Hier Reife,

dort Ueberschwang: So spielt die Natur. Hier lachende Jugend, dort stiller Ernst: So ist sie. Und beides aus einem Geiste. Alles schön, weil jedes in seiner Art eines spiegelt. Alles der Eindruck nur eines Werkes.

Aus der Tiefe der Gemeinsamen kommt das Verbindende zwischen Alten und Jungen. Und je tiefer wir diese Urkraft des gleichen schöpferischen Willens in uns fühlen, um so mehr empfinden wir auch, daß wir nur vereint die die Menschheit hochtragende Bewegung sind, die sich immer neu wandelt, wie die Natur im Wechselspiele von Herbst und Frühling sich wandelt.

Neben dem Blütenjubiläum im Lenz, dem geheimnisvollen Waldweben des Sommers und den Raureiftagen im tiefen Winter ist die Zeit des Herbstes eine wahre Hohezeit für unsere Parks und Promenaden. Der Herbst brennt seine Lebensfackeln, die einen neuen Lenz verkünden. Immer wieder haben die Dichter diesen Feuerzauber besungen, die Maler versucht, ihn im Bilde festzuhalten. Wo es gilt, Friedhöfe, Volksparks, Promenaden und auch Hausgärten anzulegen, da denkt der Gärtner heute unbedingt daran, daß nach der entschwindenden Sommerpracht und dem verhältnismäßig geringen Herbstflor das menschliche Auge und des Menschen Sehnen nach Schönheit, Licht und Farbe zu seinem Rechte kommt. Bei der Pflanzung wählt er Bäume und Sträucher aus, von denen er weiß, daß die Herbstfärbung, die meistens bei solchen mit charakteristischen formschönen Blattformen am intensivsten sich ausdrückt, diesem Wünschen und Sehnen entspricht.

Dr. Hoffmann.

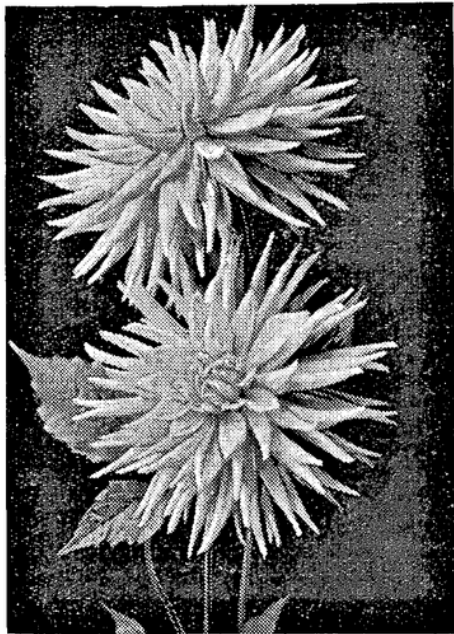
„Kleine“ Gartenphilosophie

„Tantus amor florum“ (So unendlich groß ist meine Liebe zu euch, ihr Blumen, daß ich euret wegen alles extrage). Des Dichters Phantasie, Wortschatz, Kraft und Gewalt möchte man hab'n, um diesen Reichtum der Pflanzen bescheiden ehren zu können. Die lebendigste, glutvollste Schilderung bleibt nüchtern, trocken und unvollkommen gegenüber dem wahren Bild. Selten geht der botanische Horizont selbst der größten Dichter über die landläufigsten Rosen, Nelken, Veilchen, Flieder und Lilien hinaus. Nur mit wenigen Menschen kann man über Blumen sprechen. In den Begriffen schön, reizend, entzückend, herrlich und wunderbar liegt für die Masse die Skala für jede Unterhaltung über Blumen und Gärten. Erschreckend groß ist die Unkenntnis einfachster Pflanzennamen, noch größer die Unsicherheit, Pflanzen zu pflegen und zu hüten. Ungläubig, kopfschüttelnd hört man die schlichte Weisheit, daß Pflanzen Lebewesen sind, als solche der gleichen Wartung und Pflege bedürfen wie Mensch und Tier. Von hundert Menschen sehen in einer Gartenanlage 95 zuerst nur die Wasserfontäne, manchmal auch einige Blumen, jedoch nur als Schmuck, nicht als Zweck. Zwar besteht für viele dieser Menschen der wunderbare Begriff „Heimat“ aus vier Mauern irgendwo hoch über dem Straßenlärm. Sie wissen nichts vom blauen Himmel, von blumengestückten Frühlingswiesen, vom ersten Veilchen am Gartenrand. Aber nicht nur diese Naturentfremdung, öfter noch ist falsche Erziehung von Schule und Elternhaus schuld, sonst würde man nicht so oft auf den sonntäglichen Ausflugsstraßen gedankenlos abgerissene und achlos fortgeworfene Blumen finden, oder mit geschmacklosen künstlichen Blumen die Wohnungen schmücken. Es lohnt sich, einmal Zeit dafür zu erübrigen, fünf Minuten lang eine Blumenrispe, eine Einzelblüte, ein Blatt oder einen Keim richtig anzusehen und in diesen Minuten alle Umgebung auszuschalten. Auch das ungeübte Auge wird Wunder erleben.

Bildhauer und Maler entdecken an Pflanzen, Blüten und Früchten Feinheiten in Form und Farbe, Kontraste, Linien und Aederungen, die oft sogar dem Gärtner, der täglich damit umgehen und beobachten muß, neu und fremd sind, vielleicht, weil er sie nur mit werterschätzenden Augen gesehen hat. Dem Halbwissen

unserer Zeit ist wohl nur selten eine Blume zum Erlebnis geworden. Und doch bringt ein Garten mit Blumen und Früchten mehr Sensationen als eine Tageszeitung. Da erleben wir an Stauden und Rosen ein unvermutetes Blühen, können uns bei der Berechnung des Aufblühens einer Blüte um Stunden und Tage irren, im späten Herbst eine Nachblüte von Frühlingsblumen erfahren. Wir stoßen ungewollt gegen die Tagushede: gelbe Schwefelwolken von Blütenstaub wehen uns entgegen, der Tagus blüht! Ahnungslos zünden wir neben einer Diptamstaude ein Streichholz an, ein kleines Flämmchen zischt uns entgegen, der

Diptam, des Moses Dornbusch, brennt. Schmetterlinge, früher nie gesehen, werden durch bunte Blüten herbeigelockt, Singvögel machen Wochenendsuche, blaue Libellen spielen am Wasser. Christrosen blühen unter dem Schnee, Anemonen, Schneeglöckchen und grüner Winterling bringen im Frühling mutig durch die schützende Laubdecke, ja heben die Decke oft mit Gewalt in die Höhe. Am nächsten Tage sind im Rasen des Frühling Augen, die Krokus erwacht. Sensationen und Erlebnisse wechseln das ganze Jahr hindurch ab. Der Wunsch und Traum vom Glück, das Märchen, all das Unbewußte, Rätselhafte und Ungelöste der stark empfindenden Kinder- und Jugendjahre findet im Garten, in seinen Wundern und Rätseln irgendwie Erfüllung oder Erinnerung. Tausend Fragen nach dem Warum erwachen in uns wie in der Kinderzeit. Warum dieser Frühlingblütenrausch, das Ueberquellen und Ueberschäumen, warum die Farbengewalt der Sommerblumen, die Pracht der Rosen, die Iodernden Feuerbrände an Baum und Strauch im Herbst, die friedliche Winterstille — eine einzelne Rosenknospe im Erlühen, im Entblättern, warum eine zwar entartete, aber besonders fein gezeichnete Sommer-



Dahlie „Goldene Sonne“
Gelb, mit lachsroten Spitzen

nelke, warum zwei Tulpenblüten aus einem Stengel — warum? Aus kleinen Samenkörnern erheben oft mannshohe Pflanzen voll edler Schönheit und Glanz, die Farbenglut ins Nichts, ins Wesenlose zurück und bricht im nächsten Lenz mit Titanenmacht von neuem aus? „Denn alles muß in Nichts zerfallen, wenn es im Sein beharren will“. Dieses Goethe-Wort ist die Lösung des Warum der „kleinen“ Gartenphilosophie. Leo Schmidt, Münster i. W.

Die Dahlien und ihre Geschichte

Wenn die Königin der Blumen, die Rose, als Ausklang der höchsten Steigerung des Frühlingsblühens ihren Hauptstürm beendete hat, erscheint die Dahlie als Sommer- und Herbstblüher mit einer Mannigfaltigkeit in Form und Farbe, welche die der Rosen noch übertrifft. Leider fehlt ihr bis heute noch der Geruch, sonst würde ihre Verbreitung noch gewaltiger sein.

Als die ersten einfachen Dahlien im Jahre 1789 aus ihrem Heimatlande Mexiko in Europa, zuerst in Spanien, eingeführt wurden, ahnte man wohl kaum, daß aus den unscheinbaren Urformen solche herrlichen Gebilde in Form und Farbe entstehen könnten, wie wir sie heute bewundern, und daß die Dahlie eine solche Verbreitung nehmen würde. Ob in Bauern- oder Dillengärten, in Laubgärten oder Parks, überall finden wir ihr einen Platz eingeräumt.

Von Madrid wurde die Dahlie im Jahre 1798 nach England eingeführt und im Kew-Garten in London weiter kultiviert.

Ihre Einführung in Frankreich und Deutschland erfolgte zunächst nur in den botanischen Gärten. Im Jahre 1800 soll sie in Dresden beim Hofgärtner Seidel geblüht haben. In den nächsten Jahren erfolgte dann aber ihre Verbreitung ziemlich schnell.

Den Namen „Dahlie“ erhielt sie 1791 von Canavilles in Madrid zu Ehren des schwedischen Botanikers A. Dahl. Der Botaniker von W i l d e n o w taufte sie im Jahre 1803 zu Ehren des russischen Botanikers Georgie in „Georgine“ um. Dieser Name wurde auch in England und Frankreich übernommen, später aber wieder fallen gelassen, weil nach den Prioritätsregeln dem älteren

Namen „Dahlie“ der Vorrang zukam. In Deutschland hat sich der Name Georgine lange erhalten. Im Jahre 1808 hatte man die ersten gefüllten Dahlien gezüchtet. 1829 werden die ersten anemonenblütigen Dahlien erwähnt. 1872 wurde von Mexiko die Dahlie „Juarezi“ eingeführt, benannt nach dem damaligen Präsidenten von Mexiko. Juarezi ist die Stammform der Kaktus-Dahlie. Zeitweise waren die einfachen Dahlien populär, wie die Geschmacksrichtung auch heute noch bald diese, bald jene Art bevorzugt. Die erste Dahlienausstellung fand im Jahre 1836 in Jena statt, auf der der Georginentyp noch vorherrschend war.

Die Zuchtziele und Anforderungen an gute Sorten sind: Reichblütigkeit, Blumen frei über dem Laub auf langen, festen und straffen Stielen blühend, intensive Farben, die sich nicht verändern, Haltbarkeit und Widerstandsfähigkeit. Selbstverständlich spielt der Liebhaberwert und Verwendungszweck der einzelnen Arten oder Sorten eine ausschlaggebende Rolle, aber eine gute Dahlie soll allen Zwecken genügen. Aus der Fülle der jährlich auftauchenden Neuheiten das Beste zu sichten, ist oft nicht leicht, aber das Gute bricht sich auch hier Bahn.

Während man in England schon seit Jahren eine genaue Art- und Gruppeneinteilung festgelegt hat, findet man in Deutschland bei Züchtern und Liebhabern noch keine einheitlichen Bezeichnungen. Von der „Deutschen Dahlien-Gesellschaft“ wird jedoch eine einheitliche Einteilung durchzuführen versucht.

Zwei der anerkannt schönsten Sorten führen wir unsern Lesern im Bilde vor. J. S ö c h e r.

Was ist bei der Anlage von Staudenbeeten zu beachten?

Unter der Bezeichnung Stauden sind alle diejenigen krautartigen Gewächse zu verstehen, deren oberirdische Teile im Herbst bis auf den Wurzelstock zurückgehen, während dieser den Winter überdauert und neue Stoffe sammelt, um dann im Frühjahr wieder hervorzutreiben und neue Blätter und Blüten zu entfalten.

Die Stauden braucht zu ihrer vollen Entwicklung, zumal sie ja mehrere Jahre den gleichen Standort behält, einen tief umgearbeiteten und gut gedüngten Boden. Er ist zwei Spatenstief tief umzugraben. Es ist hierbei darauf zu achten, daß der Mutterboden auch wieder nach oben zu liegen kommt. Schwere, lehmigen Boden düngt man kräftig mit verrottetem Pferdemist, der nicht zu tief untergebracht werden darf, da er sich dann nicht zerseht. Um

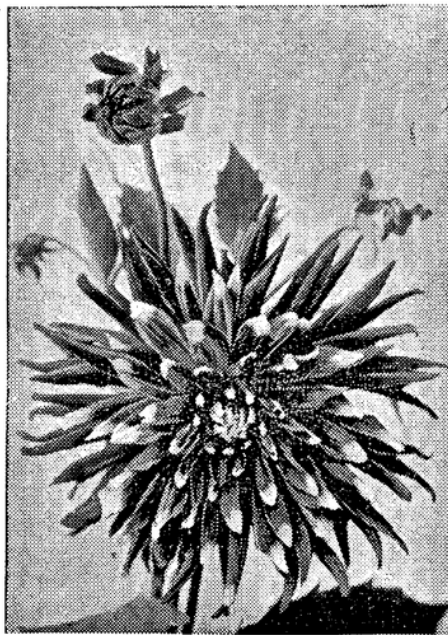
den Boden noch trockener und durchlässiger zu machen, ist eine Vermischung mit Torfmull und Sand sehr zweckmäßig. Für leichte und sandige Böden ist Kuhdung das geeignetste Düngemittel. Hier wird der Dung tief untergegraben, um die wasserhaltende Eigenschaft mit auszunutzen. Nur wenn der Boden in der beschriebenen Art sorgfältig vorbereitet wird, werden sich die Stauden zu ihrer vollen Schönheit entwickeln können. — Die geeignetste Pflanzzeit für Stauden im Frühjahr sind die Monate März bis Mai, im Herbst die Monate August/September bis in den Oktober hinein. Selbst im Monat November können Stauden bei geeignetem Wetter noch gepflanzt werden ohne Schaden zu nehmen. Spätplantagen müssen jedoch durch Bedecken mit Laub oder Dung vor dem Frost geschützt werden. — Zur guten Entwicklung der frischgepflanzten Stauden ist eine gleichmäßige Feuchthaltung erforderlich. Damit Luft und Regen in den Boden eindringen können, ist er des öfteren zu hacken und stets unkrautfrei zu halten. — In welcher Entfernung die Stauden voneinander gepflanzt werden, richtet sich nach der Höhe der zu pflanzenden Stauden. Hochwachsende Stauden werden in einer Entfernung von 70 bis 100 Zentimeter, mittelhochwachsende in Abständen von 45 bis 70 Zentimeter gepflanzt, während bei den übrigen eine Pflanzweite von 30 bis 40 Zentimeter genügt. Es ist ganz besonders darauf zu achten, daß die Stauden entsprechend ihrer Höhe verwendet werden. In kleinen Gärten pflanzt man möglichst wenig hohe Stauden, sondern verwende in der Hauptsache mittelhochwachsende und kleinere Arten.

Die Auswahl unter den Blütenstauden ist so groß, daß darunter für jede Geschmacksrichtung etwas zu finden sein dürfte. Zur Erzielung farbenprächtiger, wirkungsvoller Bilder im Garten, zu deren Schaffung unsere herrlichen Blütenstauden das beste Material liefern, verwende man immer mehrere Pflanzen von einer Farbe und Sorte an einer Stelle. Für Nachwirkungen, also in kleinen Gärten, verwende man zarte Farben und Mischfarben, für Fernwirkungen, wie für größere Gärten und Parks, reine Farben, die harmonisch wirken.

Bei der Auswahl vermeide man vor allem solche Arten, die sich nicht selbst aufrecht halten können. Am Boden umherliegende Stauden wirken niemals schön, sondern bieten stets ein sehr häßliches Bild. Befindet sich unser Garten in einer den Winden besonders stark ausgesetzten Lage, dann werden wir allerdings auch sonst straff aufrecht wachsende Stauden stützen müssen durch Anbinden an saubere Pfähle. Hierfür sind die sogenannten Tonking- oder Bambusstäbe besonders geeignet, sie sind auch deshalb zu empfehlen, weil sie mehrere Jahre sich halten. — Gut angelegte Staudenbeete sollten vom frühesten Frühjahr bis zum späten Herbst Blüten aufweisen.

Wir finden unter den Stauden auch in dieser Beziehung reichhaltiges Material. Wo sich trotzdem Lücken im Staudenbeet ergeben sollten, da hat man die Möglichkeit, durch Zwischenpflanzung von Dahlien oder Einjahresblumen für eine Dervollständigung und einen dauernden Flor zu sorgen. — Ein wesentlicher Vorteil unserer Staudenplantagen besteht darin, daß sie nicht alljährlich erneuert werden brauchen. Auf gut vorbereiteten Beeten halten die meisten Stauden 3 bis 4 Jahre aus. Dann allerdings empfiehlt sich ein Umpflanzen und vor allem auch eine Verteilung der Stauden. Eine solche ist gleichbedeutend mit einer Verjüngung der Pflanzen. Es empfiehlt sich dann, die Neupflanzung an einer anderen Stelle vorzunehmen, wo das aus gewissen Gründen nicht möglich ist, muß dann das Beet ganz besonders gut gedüngt und tief gelockert werden.

Ist im späten Herbst aller Blütenflor beendete, dann schneidet man die verblühten Stengel etwa eine handhoch über der Erde ab und bedeckt das ganze Beet mit kurzem Dung oder, wenn der nicht zur Verfügung steht, mit einer dünnen Schicht Laub. Dann werden sich niemals Winterschäden im Staudenbeet ergeben. E. U s a t.



Dahlie „Rheinisches Mädel“, weinrot mit weißen Spitzen

Vor dem Winter

Bringt der Herbst uns die Ernte, so gibt er uns auch gleichzeitig die Sorge mit, die Früchte gut und vorteilhaft durch den Winter zu bringen. Es ist nicht angenehm, wenn man im Frühjahr sieht, daß alles verkommen oder erfroren ist.

Eine der hauptsächlichsten Voraussetzungen für ein gutes Ueberwintern ist die, die aufzubewahrenden Feldfrüchte so trocken wie möglich einzubringen. Um größere Mengen Kohlgemüse gut und frisch aufzuheben, graben wir eine etwa einen Spatenstich tiefe Grube aus, entfernen von den Pflanzen die äußeren Blätter und pflanzen auf der Sohle der Miete den Kohl mit den Wurzeln in die Erde ein. Die ausgehobene Erde ist rings um die Miete als Damm aufgeschüttet und dient als Auflage für quer über die Grube zu legende Latten, auf die als Winterdecke eine Schicht Langstroh und weiter Laub und Erde kommen. Solange noch mildes Wetter herrscht, bleibt das Gemüse unbedeckt und erst nach dem Einsetzen des Frostes wird die Decke aufgebracht und bei zunehmendem Frost verstärkt. Die Pflanzen atmen auch im Winter und wir müssen daher für Abzug der feuchten Luft aus den Mieten durch herausragende Röhren oder einfache Strohbündel sorgen. Rings um die Miete ist ein Graben zu ziehen, damit Tauwasser oder Regen nicht hineindringen können. Bei länger anhaltendem gelinderem Wetter sind die Mieten abzudecken, gut ist es, wenn man einen Teil mit festen Brettern bedeckt hat, die man nun leicht von der darauffliegenden Decke befreien und dann abnehmen kann. — Schwieriger als der Schutz gegen das Erfrieren ist ein solcher gegen das Verfaulen infolge unsachgemäßen Einmietens. Hier hilft lediglich ein gutes Durchlüften des Gemüseinschlages und ein öfteres Durchputzen, wobei alle faulenden Blätter usw. sorgfältig zu entfernen sind. — Kohlrüben und Mohrrüben vertragen keine hohen Ruhetemperaturen, man legt sie einfach in eine Erdgrube, ohne Stroh auf die Früchte zu decken, sie werden nur mit genügend Erde bedeckt. Durch die unmittelbare Berührung mit der Erde bleiben die Wurzeln frisch bis in den Juni hinein. Auf Kartoffeln kommt eine handhohe Schicht Langstroh, dessen obere Enden wie ein Dachfirst zusammengebredht werden. In Entfernungen von je einem Meter lassen wir ein Strohbündel wie einen Schornstein herausragen, dann kommt eine Erddecke darauf, die je nach der Wetterlage verstärkt wird, eventuell noch durch Laub.

Porree, Grün- und Rosenkohl erfrieren nicht, können also im Boden bleiben, wir nehmen aber vom Porree vor dem Eintritt strengeren Frostes soviel heraus wie wir brauchen, um ihn handgerecht in Einschlag zu bringen, denn bei Frost und Schnee ist die Ernte unangenehm.

Aus dem Blumengarten pflanzen wir noch blühende Winterastern in Töpfe, so können wir bis Weihnachten aus dem eigenen Garten noch Blüten haben. Die Staudenbeete werden kräftig gegossen und die trockenen Stengel abgesehnitten, diese nehmen wir als unterste Lage der Schutzdecke für die empfindlicheren Stauden — und das sind fast immer die besten —, die im übrigen aus strohigem, trockenem Dünger oder Tannengrün besteht. Es gilt nämlich mehr die Sonnenstrahlen des zeitigen Frühjahr und den schnellen Temperaturwechsel fernzuhalten, als die Kälte. Tannengrün sieht besonders im Vorgarten besser aus.

Strauchrosen werden mit Erde angehäufelt, die Hochstämme werden vorsichtig in der Richtung der Biegung des Wurzelhalses umgebogen und ihre Krone etwa 20 Zentimeter tief in den Boden gelegt, der Stamm wird gegen Ungeziefer und Wildverbiss durch Einpacken in Tannenreisig geschützt. Die Pfähle nehmen wir natürlich ins Winterquartier. Alte, sonst nicht mehr biegsame Rosenstämme packen wir aufrecht fest an den Pfahl gebunden mit Oelpapier oder Reisig ein, aber unbedingt frostsicher ist das nicht.

Immergrüne Bäume oder Sträucher vergesse man nicht im Herbst durchdringend zu bewässern, die Wurzelballen dürfen nicht trocken in den Winter kommen. Die Wurzelscheibe wird dann mit Laub oder Stallung bedeckt. Um empfindlichere Pflanzen wird ein Lattengerüst errichtet und mit Sackleinen bespannt, wir sind dann auch gleich gegen Schneedruck gesichert und verhüten das Brechen der Reste bei Tauwetter. — Im Obstgarten werden die Erdbeerbeete gegraben und später mit strohigem Dung bedeckt, der

aber niemals direkt auf die Pflanzen kommen darf. Weinreben werden nach dem Rückschnitt mit Stroh umwickelt, oder wenn noch angängig, einfach in die Erde eingegraben. Vor Pfirsichspaltiere an den Wänden hängen wir Sackleinen.

Bei Stachel- und Johannisbeeren wird zu dicht stehendes, altes Holz unten herausgenommen, bei den Himbeeren die abgetragenen vorjährigen Ruten. Ältere Obstbäume werden, wenn nötig, ausgelichtet, aber die jüngeren müssen noch etwa in den ersten 3 bis 5 Jahren zur Erzielung eines guten Kronengerüstes sach- und formgerecht beschnitten werden, doch ohne Künstelei, unrichtiges Schneiden ist schlimmer als ein Unterlassen des Schnittes. Bei den Stämmen der älteren Obstbäume werden die abgestorbenen Rindenteile abgekratzt und die Stämme mit Kalkmilch angestrichen, der 10prozentiges Karbolium zugesetzt ist. Leimringe gegen den Frostspanner legen wir schon Anfang Oktober, und nicht

nur um eine glatte Stelle des Stammes, sondern auch um den Baumpfahl. Zum Düngen größerer Obstbäume graben wir unter der Kronentraufe einen Graben und gießen ihn voll flüssigen Naturdung; wer keine Jauche zur Verfügung hat, stoße mit Stocherisen oder Erdbohrer mehrere metertiefe Löcher innerhalb des Wurzelbereichs in den Boden und gieße sie mit Kunstdüngerlösung mehrmals voll. An Kunstdünger nimmt man auf den Quadratmeter berechnet 50 Gramm Thomasmehl, 50 Gramm 40prozentiges Kalibüngesalz, 25 Gramm Natronsalpeter und 100 Gramm kohlen-sauren Kalk in 50 Liter Wasser aufgelöst. Vor jedem Guß ist tüchtig umzurühren. Der Dünger kann allerdings auch trocken ausgestreut und untergegraben werden. Es ist aber besser, die Düngemittel gleich bis zu den Faserwurzeln hinunterzuspülen. Alle Baumbänder werden nachgesehen und auf ihre Festigkeit geprüft; wie mancher junge, gesunde Baum ist schon den Winterstürmen zum Opfer gefallen, nur weil das Band morsch

oder überhaupt nicht mehr da war. — Im Gemüsegarten wird der Teil, der im nächsten Jahr Blattgemüse tragen soll, stark mit Stallung gedüngt, die im Vorjahre gedüngten Beete bekommen je Quadratmeter 100 Gramm Kalkmergel.

Damit wir uns im nächsten Jahre nicht wieder unnütz quälen müssen, bis das Handwerkszeug wieder blank und sauber ist, putzen wir diesmal unsere eisernen Gehilfen hübsch sauber und fetten sie leicht ein, stellen sie auch unter Dach und Fach. Muß die Schubkarre im Freien bleiben, wollen wir sie wenigstens umstürzen, damit sich kein Wasser darinnen sammeln kann und der Boden durchrostet. Bassins und Wasserbehälter sind zu entleeren. Dann ist für ein Weilchen vom Garten Abschied zu nehmen, denn im Winter kommen wir meist doch nur zu kurzen Besuchen zu ihm und auch nur um zu sehen, ob nicht bald wieder Frühling ist.

Otto Küller.



Ein 20jähriges Alpenveilchen mit der Pflegemutter

Ein 20jähriges Alpenveilchen

Es ist wohl als eine Seltenheit zu bezeichnen, wenn ein Alpenveilchen, die so beliebte Topfpflanze, das stattliche Alter von 20 Jahren erreicht. Die meisten dieser Art haben nur eine kurze Lebensdauer, oft nur von einigen Wochen. Eine jetzt 75jährige Frau aus meinem Verwandtenkreis hat es aber doch fertig gebracht, ihr Alpenveilchen seit 20 Jahren zu erhalten.

Die Behandlung, die sie dem Alpenveilchen zuteil werden ließ, ist folgende: Nach dem Verblühen wird die Pflanze weniger gegossen, bis das letzte Blatt eintrocknet; dann wird die Knolle herausgenommen, die Erde aus den Wurzeln herausgeschüttelt und dann wieder in frische Erde verpflanzt. Der Topf wird nun erst dunkel gestellt, etwa unter ein Möbelstück, das Gießen erfolgt zunächst sehr vorsichtig. Nach etwa drei Monaten zeigen sich dann die ersten Blattknospen und nun kommt der Topf wieder ans Fenster. Nach und nach erhält er auch mehr Wasser. Bei greller Sonne wird ein Bogen Papier vorgestellt. Bald erscheinen dann auch die Blüten. Gewöhnlich im Februar steht das Alpenveilchen in vollster Blüte mit durchschnittlich 20 Blumen.

Die alte Dame bildet sich auf ihre Leistung nicht einmal besonders viel ein, sie erklärte mir, sie kenne eine Frau, die sogar ein 30jähriges Alpenveilchen besitzt.

Arthur Renner.

Das Leben der Autos

IV.

Citroën nimmt jedermann. Citroën verlangt nur eins: Jugend. Siebenundvierzig? Nicht geeignet. Mit siebenundvierzig Jahren ist der Mensch ein alter Autoreifen. Er ist seinem Ende zu nahe, als daß er nach dem Sekundenzeiger leben könnte. Er möchte sich hinsetzen und ruhig überlegen: Wie ist denn das alles gekommen? ... Herr André Citroën weiß gut, was Alter und was Müdigkeit ist. Er zieht die Jungen vor. Die Citroën-Werke sind die ewige Jugend, sind Amerika, sind Frühling.

Acht Jahre lang hat André Vidal Pleuelstangen an Kolben befestigt. Er wußte, daß die Pleuelstangen in Cligny hergestellt werden — dort arbeitete Vidals Nefse. Wozu aber diese Pleuelstangen da sind, wußte er nicht, und er hatte nie etwas vom toten Punkt gehört. Darum wußten die Ingenieure. Vidal aber befestigte Pleuelstangen. Er bekam 5 Francs 50 Centimes für die Stunde. Auf den Straßen der ganzen Welt rasten Automobile. Sie alle hatten selbstverständlich Pleuelstangen, und diese Pleuelstangen waren durch die Hände des André Vidal befestigt. Aber im neunten Jahre mißfiel Vidal dem neuen Meister. Durch die Augen? Durch die Stimme? Oder dadurch, wie er hustete? Wer weiß — die menschlichen Gefühle sind dunkel, selbst in den Citroën-Werken, wo alles exakt und klar ist.

Vidal war vierundvierzig Jahre alt. Bei der nächsten Einschränkung der Arbeiterzahl wurde er entlassen. Die Pleuelstangen befestigte nun ein junger Italiener. Vidal machte sich erst durch Schimpfen Luft. Er bedachte alle: den Meister, Italien und sogar Herrn Citroën. Dann ging er nach Hause. Während er ging, überlegte er, was er jetzt tun sollte. Er versuchte, sich bei einem Kohlenlager einstellen zu lassen. Nach einem Tag jagte man ihn davon. Er hat bei Citroën acht Jahre gearbeitet. Er hat nichts gelernt. Er hat nur verlernt, Säcke auf dem Rücken zu schleppen. Er hat seine Kraft irgendwelchen Pleuelstangen hingegeben, und Zehntausende von Automobilen rasen aus Leibeskraften.

Vidal indes trieb sich in der Umgebung des Zentralmarktes herum. Er half Wagen abladen und las hartgefrorene Rüben auf. Dann ging er auf die Champs Élysées. Dort blieb er neben schönen Automobilen stehen. Wenn deren Besitzer aus einem Geschäft oder Café herausstraten, öffnete ihnen Vidal den Schlag und zog die Milche. Das Automobil mit Kolben und Pleuelstangen raste davon. Manchmal bekam Vidal ein paar Sous. Dann tunkte er Brot in Rotwein und schmazte selig. Im Herbst erkältete er sich und starb im Krankenhaus Hôtel-Dieu. Man beerdigte ihn auf Stadtkosten. Fünf Jahre wird er ruhig auf dem Jvry-Friedhof liegen. Im sechsten Jahr wird man seine Knochen, die noch nicht ganz appetitlich aussehen, wieder ausgraben und an seine Stelle einen andern betten: einen Metallgießer oder einen Stanzer.

Jetzt ist Frühling, und sogar auf dem Armenfriedhof ist die grüne Decke der Erde zart und prächtig. Jetzt ist Frühling — die frische Luft steigt im Preis wie die Aktien. Käufer bleiben vor den Schaufenstern stehen. Sie betrachten sich Automobile. Citroën hat das verheißungsvolle kleine Schild ausgehängt. Vor dem Tor drängt sich eine Menge: diese Leute träumen vom Reich der ewigen Jugend. Vidals Platz am laufenden Band ist frei geworden. In fünf Jahren wird auch sein Platz auf dem Jvry-Friedhof frei werden.

* * *

Schon ist die Karosserie aufmontiert. Schon ist die Fußmatte ausgebreitet und der Aschenbecher angehängt. Das Band läuft immer weiter. Ein Mann hebt das Ende des Benzinschlauches. Als Antwort ertönt ein lautes Atmen. Das Automobil ist geboren. Heute ist es das dreihundertsiebzehnte. Das Tor öffnet sich: das Neugeborene rollt in die geräumige Garage. Dort wird es bereits vom Besteller erwartet. In sechs Minuten wird das neue Automobil hinausrollen. Das ist bestimmt und unwiderruflich so.

Die Namen der Besteller stehen auf einer riesigen Tafel neben fünfstelligen Zahlen: Herr Citroën versteht sich gut auf das Pathos der Arithmetik: „Sind Sie 68 917? Das ist Ihr Wagen.“

Die Begegnung des Menschen mit seinem neuen Gebieter ist denkbar trocken und lakonisch, nichts als eine Kontrolle von Nummern. Dies hier ist der Agent eines Bestattungsbüros. Er wird alle Konkurrenten bestegen und dann heiraten. Er wird vor allen anderen zum Haus des Verstorbenen angerast kommen. Er wird heiraten und glücklich sein. Dies hier sind Jungvermählte. Sie richten sich ihr Leben ein: sie ist in anderen Umständen, er hat ein Automobil bestellt. Dies hier ist ein Lebemann, der von Aben-

teuern in der Nähe der Stadt träumt: eine Gartenlaube, eine Modistin und kostenlose Liebe unter verstaubten Fliederbüschen. Dies hier ist der solide Inhaber eines Apothekerladens. Dies hier ein junger Advokat. Sie alle betrachten ehrfürchtig die Automobile, die wie ein Operationsaal blinken. Vor ihnen liegen Kilometer, Einnahmen, Abenteuer, vor ihnen liegt ein neues Leben.

Alle sechs Minuten öffnet sich das Tor, und die nächste Nummer des schwarzen Brettes erhebt träumerisch. Dort, von wo diese glänzenden Automobile herauskommen. — das Poltern der Pressen und das laufende Band. Die Käufer unterschreiben. Außerlich erscheinen sie ganz ruhig, als käuften sie Postkarten oder Apfelsinen. Nur die Handschrift verrät zuweilen Aufregung. Da ist ja alles das, wonach sie sich solange sehnten: das 10-PS-Glück auf Ratenzahlung! In ihren zugekniffenen Augen liegt etwas Schmachendes. Gleich werden sie den Dolant berühren. Sie werden sich verlieren unter den Zehntausenden anderer Wagen, die schon verstaubt und verwittert sind.

Sie werden nie begreifen, was sie eigentlich erhalten haben: Stolz werden sie ihren Freunden die hervorragende Neuananschaffung zeigen. Sie werden diese Minuten vergessen, sollten sie sich aber zufällig daran erinnern, so werden sie lächeln: Erregung eines Neulings! ... Morgen werden sie überhaupt zu denken aufhören. Jetzt aber, in diesem Riesenschuppen, der angefüllt ist mit eisernem Dröhnen, blicken sie sich trübinnig um. Sie suchen gleichsam Schutz bei einem lebendigen Menschen. Aber Menschen gibt es hier keine. An der Tafel — Zahlen. Hinter dem Tor — das laufende Band. Sie müssen sich darein fügen. Es zittern die Motoren, und einfaches, menschliches Zittern ist hier nicht am Plage.

* * *

Die Welt ist klein. Das wissen Deterding wie Citroën, die Störche wie auch die Reisenden. Auf dieser kleinen Erde gibt es zuviel Menschen. Einstmals hat es eine Sintflut gegeben. Heute legt Holland die Zuidersee trocken. Einstmals hat es die Pest gegeben. Die Menschen haben sich an sie gewöhnt, und die Menschen haben sie überstanden. Die Laboratorien verfertigen Lebenszähigkeit, als wäre sie Sacharin, und die verjüngten Methusalame kichern munter. Die Erde aber wird nicht größer. Auf ihr ist es jetzt eng, wie in einem Warenhaus beim Ausverkauf. Der Krieg ist beendet. Die Menschen arbeiten sich nur mit den Ellenbogen durchs Leben.

Aber da kam dem Menschen das Automobil zu Hilfe. Es wartet keinerlei Noten ab, es fordert keine „vierzehn Punkte Wilsons“. Eifrig und sachgemäß säubert es die Erde. Gegen das Auto sind jegliche Impfungen und jegliche Konferenzen ohnmächtig. Die Leiche wird schnell auf einem Lastwagen fortgeschafft, das Auto wird sorgfältig gereinigt, und eine vielstellige Zahl kennzeichnet das nächste Protokoll.

Anfangs nannte man das noch „Katastrophen“. Jetzt spricht man von „Unfällen“. Bald wird man überhaupt zu sprechen aufhören. Schweigend wird man die Ueberfahrenen beiseite schleppen und schweigend Statistiken führen.

Sentimentale Nachbarinnen rümpfen selbstverständlich die Nasen, und der Raisonneur spricht von einer „neuen Gefahr“. In Kommissionen wird über Schußparagraphe beraten. Aber das Auto setzt sein Werk fort. Sir Henry Deterding ist berufen, ein neues Weltimperium zu schaffen. Herr André Citroën ist berufen, billige Automobile herzustellen. Der Chauffeur Karl Lang ist berufen, Straßen zu kreuzen.

Das Auto arbeitet rechtschaffen. Noch lange vor seiner Geburt, da es noch aus nichts weiter als Metallschichten und einem Stoß von Zeichnungen besteht, tötet es bereits sorgfältig malaisische Kulis und mexikanische Arbeiter. Es zerstückelt Fleisch, macht Augen blind, zerfrisst Lungen, nimmt die Vernunft. Schließlich rollt es zum Tore in jene Welt hinaus, die man vor seinem Dasein die „schöne“ nannte. Sofort nimmt es seinem vermeintlichen Beherrschter seine altväterliche Ruhe. Der Flieder welkt, Hühner und Träumer rennen in Agonie hin und her. Das Auto überfährt lakonisch die Fußgänger. Es frißt sich hinein in die Wand eines Schuppens oder es rast schmunzelnd einen Abhang hinunter. Es ist an nichts schuld. Sein Gewissen ist ebenso rein, wie das Gewissen des Herrn Citroën. Es erfüllt nur seine Bestimmung: es ist berufen, die Menschen auszurotten.

8. Bundesausschuß-Sitzung des ADGB. in Dresden

I.

Am 19. September trat der Ausschuß des ADGB. in dem neuen Bau des Dresdner Volkshauses zu seiner achten Tagung zusammen. Dr. Meyer-Brodniß berichtete über den Stand der **Gewerbehygiene** sowie über die Forderungen, die für den Ausbau der Gesetzgebung und die praktische Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen zu erheben sind:

Die Gewerbehygiene, der Gesundheitsschutz im Betriebe, hat durch die Verordnung über Berufskrankheiten, über die in der Bundesausschußsitzung vom 26. und 27. März 1929 berichtet wurde, ihre gesetzliche Grundlage bekommen. So unscheinbar sich bei der Fülle der sozialpolitischen Gesetze und Verordnungen eine einzelne Verordnung ausnehmen mag, die eine beschränkte Anzahl — nämlich 22 — Berufskrankheiten den entschädigungspflichtigen Unfällen gleichstellt und somit in die Unfallversicherung einbezieht, so groß ist ihre praktische Bedeutung einerseits für den Gesundheitsschutz im Betriebe, andererseits versicherungsrechtlich für die Berufskranken. Sie ist zur Kernfrage der Gewerbehygiene geworden. — Der Schutz der Berufskrankheiten, soweit diese entschädigungspflichtig sind, fällt den Berufsgenossenschaften zu. Im gleichen Sinne wie durch Unfallverhütungsvorschriften, die im Betriebe durchgeführt werden, dem Entstehen von Unfällen vorgebeugt wird, muß nunmehr, nachdem einzelne Berufskrankheiten gleichfalls als Unfälle anerkannt sind, und somit durch ihre Entschädigungspflicht zu geldlichen Lasten für die Berufsgenossenschaften führen, das Entstehen von Berufskrankheiten verhütet werden. Dies versteht die Berufsgenossenschaftsvorstände in die Zwangslage, ihrerseits Krankheitsverhütungsvorschriften zu schaffen und diese in den Betrieben durchzuführen. Wir wissen, wie geringfügig unsere Rechte in den Berufsgenossenschaften als reinen Arbeitgeberorganisationen sind, aber einige Rechte gibt uns die Reichsversicherungsordnung doch, wie z. B. das sehr wichtige, beim Erlaß von Unfallverhütungsvorschriften mitzuwirken. Es muß nun unsere Aufgabe sein, die Gewerkschaftsvertreter in dieser Tätigkeit zu schulen, um mit größerem Nachdruck eine wirksame Krankheitsverhütung zu erreichen. Diese Anregung, die schon im Jahre 1929 kurz nach Erlaß der Verordnung über Berufskrankheiten vom Bundesvorstand ausging, ist bei den Verbänden auf fruchtbaren Boden gefallen. Wir können berichten, daß der Nahrungsmittel- und Getreidearbeiter-, Metallarbeiter-, Bekleidungsarbeiter-, Schuhmacher- und Hutarbeiterverband die ihnen nahestehenden Versichertenvertreter ihrer Berufsgenossenschaften zusammenberufen haben, um sie für ihre Aufgaben zu schulen. In den Sitzungen wurden vor allem die konkreten Aufgaben an Hand der letzten Jahresberichte besprochen, vor die die Versichertenvertreter bei ihrer Tätigkeit in den Sektionen und Vorständen der Berufsgenossenschaften gestellt werden. Mit der so gewonnenen Sachkenntnis konnten unsere Vertreter die Neugestaltung der Krankheitsverhütungsvorschriften wirksam beeinflussen. Es ist zu wünschen, daß auch die anderen Verbände dieser Aufgabe ihr Interesse zuwenden und, soweit Berufskrankheiten in der ihnen entsprechenden Berufsgenossenschaft vorkommen, nachdrücklich an der Schulung und Beeinflussung ihrer Versichertenvertreter arbeiten. Durch Einwirkung auf das Reichsversicherungsamt ist es dem Bundesvorstand gelungen, auch über das Reichsversicherungsamt, dem die endgültige Genehmigung von Unfall- und Krankheitsverhütungsvorschriften obliegt, dahingehend einzuwirken, daß das Reichsversicherungsamt uns von sich aus zuzieht, resp. seinerseits die Berufsgenossenschaften veranlaßt, unsere Vertreter an den Beratungen zu beteiligen. Derartige Beratungen sind augenblicklich mit dem Verband der deutschen Bauwerks-Berufsgenossenschaften im Gange, bei denen das Neuartige und für viele andere Industriezweige wichtige Gebiet der Verhütung von Gesundheitschäden durch Drehluftwerkzeuge und von Staublungerkrankungen die Hauptrolle spielt. Wir haben unsererseits praktische Vorschläge gemacht. Die Beratungen sind jedoch noch nicht völlig abgeschlossen. — Die Beratungen über Krankheitsverhütungsvorschriften von Infektionskrankheiten des Krankenpflegepersonals usw., an denen der Gesamt-Verband beteiligt ist, stehen unmittelbar bevor.

Die Verordnung über Berufskrankheiten ist ein völlig neues Rechtsgebiet. Diese Tatsache macht das Zögern verständlich, mit-

dem das Reichsarbeitsministerium an die Schaffung einer Entschädigungspflicht für Berufskrankheiten herangegangen ist. Die Widerstände, die Wiffell zu überwinden hatte, waren nach materieller und rechtlicher Hinsicht sehr groß. Nachdem es gelungen war, insbesondere die schweren Staublungerkrankungen in die Verordnung aufzunehmen, wurden die Versicherungsämter und insbesondere der neugeschaffene Senat für Berufskrankheiten mit den sogenannten Rückwirkungsfällen überannt. Während im Jahre 1928 rund 4000 Anzeigen über Berufskrankheiten erfolgten, waren es im Jahre 1929 22 000 Anzeigen. Der neugeschaffene Senat für Berufskrankheiten hatte an 8000 Fälle zur Bearbeitung aufgebürdet bekommen, so daß man fast den Eindruck gewinnen konnte, man wollte die Verordnung, die durch die Gleichstellung von durch Berufskrankheit arbeitsunfähig Gewordenen mit Unfallverletzten endlich ein altes Unrecht ausgleicht, in Mißkredit bringen. Die knappschaffliche Invaliden- und Krankenversicherung insbesondere machte nun alle möglichen durch Invaldisierung längst abgeschlossene Verfahren neu anhängig und zwang ihre Versicherten, auf Entschädigung für ihre Staublungerkrankung zu klagen. Wenn die sämtlichen anhängigen Verfahren im selben Tempo wie bisher vom Senat für Berufskrankheiten bearbeitet worden wären, so kann man berechnen, daß bis zu ihrer vollen Erledigung etwa acht Jahre nötig gewesen wären. Um dem zu entgehen, ist vom Reichsarbeitsministerium unter dem 18. Juli 1930 eine neue Verordnung über das Verfahren des Senats für Berufskrankheiten in Kraft gesetzt worden. Nach dieser kann bei absolut klarliegenden Fällen ohne die Mitwirkung der Beisitzer aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreisen und ohne mündliche Verhandlung entschieden werden (wenn der Berichtserstatter mit dem Senatsvorsitzenden und den Ärzten bezüglich der Beurteilung der Sach- und Rechtslage einig ist). — Diese Verordnung bedeutet nicht eine Schwächung der Rechtsgarantien, sondern sie stellt bei klaren Fällen



eine absolut nötige Vereinfachung des Rechtsweges dar. Wir haben daher keinen Grund, gegen diese Verordnung vorzugehen. — Wenn man bedenkt, daß die Entschädigungspflicht für Berufskrankheiten jetzt erst 1½ Jahre in Kraft ist, wird man verstehen, daß statistische Uebersichten über ihre Auswirkung bisher noch nicht beizubringen sind. Immerhin läßt sich sagen, daß leider die Berufsgenossenschaften in sehr engherziger Weise verfahren und daß insbesondere von der Kannbestimmung, eine Uebergangsrente zu gewähren, nur in den seltensten Fällen Gebrauch gemacht worden ist. Dabei ist gerade in dieser Bestimmung der soziale Charakter der Verordnung am stärksten ausgeprägt, denn sie erlaubt in vielen Fällen, in denen nur die spezielle Arbeit oder eine persönliche Ueberempfindlichkeit zur Krankheit führt, eine Umschulung. Das trifft besonders zu für Hautkrankheiten und andere Krankheiten, die immer wieder rückfällig auftreten, wenn der kranke Arbeiter nicht die Arbeitsstelle beispielsweise unter Tage oder den Umgang mit nur einem bestimmten Lack oder einer Farbe wechselt. — Erfreulich ist es, daß die wissenschaftliche Forschung, veranlaßt durch die Verordnung über Berufskrankheiten, und die Ärzteschaft gezwungen sind, sich über Berufskrankheiten gutachtlich zu äußern und in verstärktem Umfange Gewerbehygiene zu pflegen. Die Zahl der Ärzte und der Universitätskliniken und Institute, die sich mit Gewerbehygiene befassen, ist ständig gewachsen. Die Anschauungen über Staublungerkrankungen beispielsweise haben sich durch zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen der letzten zwei Jahre wesentlich gewandelt.

Der Himmel der Sozialpolitik ist im allgemeinen stark bewölkt und die Stunde ist nicht glücklich, auch für noch so berechnete sozialpolitische Forderungen. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß die Verordnung über Berufskrankheiten vom Jahre 1929 erst so kurz zurückliegt, daß weitgehende Erfahrungen und statistische Uebersichten über ihre praktische Auswirkung noch nicht vorliegen. Aus diesem Grunde schon besteht weder im Reichsversicherungsamt noch im Reichsarbeitsministerium Neigung, sie augenblicklich zu erweitern. Wenn trotzdem empfohlen wird, an den Reichswirtschaftsrat mit diesbezüglichen Wünschen heranzutreten, so geschieht dies deswegen, weil erfahrungsgemäß im Ausschuß des Reichswirtschaftsrates für Berufskrankheiten die Beratungen sehr eingehend gepflogen und ausführliche Sachverständigengutachten herangezogen werden. Ihre Beschaffung erfordert

Zeit, und so glaube ich doch, daß auch jetzt schon Anträge über bestimmte Krankheiten, vom Bundesvorstand an den Reichswirtschaftsrat gerichtet werden sollten. Die Beschaffung von Material aus Gewerkschaftskreisen und von den Zentralvorständen begegnet erheblichen Schwierigkeiten, die nicht etwa in mangelndem Interesse ihren Grund haben, sondern darin, daß es sehr schwer ist, Lieb- und stichfeste ärztliche Gutachten zu bekommen. Andererseits liegen bei den Versicherungsbehörden, speziell beim Reichsversicherungsamt, zahlreiche Gutachten vor, die Berufskranke betreffen, bei denen das Vorliegen einer Berufskrankheit sicher festgestellt worden ist, aber wegen mangelnder rechtlicher Voraussetzungen eine Entschädigung auf Grund der Unfallversicherung nicht ausgesprochen werden konnte. Aus diesem Grunde müßte der betreffende Ausschuß des Reichswirtschaftsrates sich an das Reichsversicherungsamt wenden, um von diesem das grundlegende Material für eine Erweiterung der Verordnung zu bekommen.

Die Schaffung des Deutschen Hygiene-Museums ist eine große, in ihrer Art einzig dastehende Kulturtat. Die Internationale Hygieneausstellung verdient wegen ihrer imponierenden Größe und der gewaltigen, mühevollen, jahrelangen Kleinarbeit, die zu ihrer Durchführung erforderlich waren, gleichfalls Hochachtung. Lassen Sie mich einige Worte der Kritik sprechen. Die ungeheure Größe der Ausstellung, sie beträgt insgesamt 46 700 Quadratmeter Fläche, macht an einem Tage einen Ueberblick unmöglich, vielmehr muß man mit einer Besichtigungsdauer von zwei bis drei Tagen rechnen. Soviel Zeit steht wohl selten einem Arbeiterbesucher zur Verfügung. Außerdem beträgt der Eintrittspreis selbst mit der Ermäßigung, die Gewerkschaftsmitglieder genießen, 1,10 RM., was vielleicht für das Gebotene berechtigt sein mag, aber von vielen Besuchern nicht aufgebracht werden kann. Die riesige Fülle des Gebotenen ermüdet. Verwirrende Einzelheiten und Tabellen lenken den Blick auf sich, so daß der Besucher in der zweiten und dritten Stunde seines Aufenthaltes gelangweilt ist und nur noch aus Pflichteifer die Besichtigung fortsetzt. Dafür muß man bei der allgemeinen Ausstellungsmüdigkeit — die im Thema sehr ähnliche Düsseldorfer Geselle liegt erst verhältnismäßig kurze Zeit zurück — sich fragen, ob die großen aufgewendeten Kosten und Opfer, die allerseits für die Ausstellung gebracht worden sind, berechtigt waren. Wenn wir uns trotz aller von uns geäußerten Bedenken an dem Ausstellungsteil „Arbeits- und Gewerbehygiene“ direkt und über die deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene beteiligt haben, so geschah dieses, weil der Ausstellungsteil „Arbeits- und Gewerbehygiene“ in seinem Hauptstück vom Deutschen Hygiene-Museum übernommen wird und so bleibenden Wert behält. Hinzu kommt, daß die Ausstellung „Arbeits- und Gewerbehygiene“ als Wanderausstellung durch ganz Deutschland ziehen soll. Ueber 30 Ortsausgänge haben für diese Wanderausstellung schon Interesse gezeigt und den Wunsch geäußert, sie in ihren Städten zu beherbergen. Wir hoffen, daß von einer solchen übersichtlichen Wanderausstellung ein starker Belehrungswert für den Gesundheitsschutz ausgehen wird, insbesondere sollen jugendliche Erwerbslose die Ausstellung gezeigt bekommen. — Noch ein Wort zur Internationalen Völkerschau, auf der der Russenpavillon Interessantes bietet. Reklametechnisch ist seine Aufmachung ausgezeichnet. Die Einzelheiten sind aber so verwirrt und unübersichtlich, daß man sich ohne Führung kaum durchfinden kann. Die Russen haben sich nicht, wie die anderen Völker es getan haben, und es bei der Hygiene-Ausstellung üblich ist, auf die Darstellung hygienischer Tatsachen beschränkt, sondern man sieht auch Dinge, die keinen unmittelbaren Zusammenhang mit der Hygiene haben und allgemein sozialpolitischer Natur sind. Zum Beispiel wird in demagogischer Weise der Fünfjahresplan, die Fünftagewoche und anderes gezeigt. Wir sehen nicht nur, wie die Verhältnisse sind, sondern mit beneidenswerter Kühnheit haben die Russen die Sollziffern der Jahre 1931 und 1932 ihren hygienischen Tabellen zugrunde gelegt. Wenn man sich in Einzelheiten vertieft, stößt man immer wieder auf statistische Unmöglichkeiten und grobe Täuschungen. Daher empfehle ich, bei allem Anregenden, was der Russenpavillon bietet, größte Skepsis. — Das Deutsche Hygiene-Museum selbst, dessen Mitglied wir sind, hat dauernden Wert und verdient jede Unterstützung. Es fertigt in seinen Werkstätten, die Sie gleichfalls morgen kennenlernen werden, Anschauungsmaterial für die ganze Welt an. Filme, Lichtbildserien, Einzelausstellungen durchziehen ganz Deutschland. Im letzten Jahre wurde in 76 Orten hygienisches Lehrmaterial gezeigt und die Veranstaltungen von 925 000 Personen besucht. Hinzu kommt nun, daß künftig das Hygiene-Museum selbst zahlreiche Besucher von Dresden und außerhalb anlocken wird, was vom gewerkschaftlichen Standpunkt zu begrüßen ist, denn von ihm geht

ein starker Antrieb für die Verbreitung hygienischen Wissens und zur Schärfung des gesundheitlichen Gewissens der arbeitenden Bevölkerung aus. — Die riesige Hygienechau in Dresden ist die Rückschau auf eine gewaltige wissenschaftliche und praktische Entwicklung des Gesundheitswesens im letzten halben Jahrhundert. 1870 bis 1880 hatte ein neugeborener Knabe 35,6 Jahre Lebenserwartung, 1924 bis 1926 sind es 20 Jahre mehr, nämlich 56 Jahre. Ist dies aber nun wirklich allein eine Leistung der Hygiene, wie man fast bei Besichtigung der zahllosen Einzelheiten der Ausstellung glauben könnte? Nein, die Leistungen der Hygiene sind nur möglich und weiter zu steigern, wenn die allgemeinen sozialen Verhältnisse der breiten Massen sich heben. — Hygiene ist nicht eine Frage der Belehrung. Wer möchte nicht gern vor dem eigenen Häuschen sitzen im Garten, wer hätte nicht gern Sonne in den Zimmern, Blumen an den Fenstern und saubere Betten und Äpfel nicht gern kalorienreiche Nahrung und viel Obst und Gemüse? Das sind nicht Fragen der Hygiene, sondern das sind Erfolge, die nur erzielt werden können durch den Kampf der Arbeiterklasse und Besserung ihrer sozialen Lage, um besseren Lohn, bessere Wohnung, besseres Essen, um ihren gebührenden Platz an der Sonne.

Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildete ein Referat über die „Volksfürsorge“. Der Geschäftsführer dieses Unternehmens, Kollege Streine, schilderte die Entstehung, den außerordentlich günstigen Stand, die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten und die hohen sozialen und volkswirtschaftlichen Aufgaben dieses großen Instituts der Volksversicherung. Von den Gewerkschaften und den Konsumgenossenschaften im Jahre 1912 ins Leben gerufen — zur Beseitigung der Mißstände, die bis dahin bei der Volksversicherung einer Reihe privater Versicherungsgesellschaften bestanden haben und zur Rettung der von der Arbeiterschaft dort eingezahlten Gelder für Zwecke der Gemeinwirtschaft und von der Arbeiterschaft nahestehenden Institutionen — hat die Volksfürsorge unter weitest gehender Sicherung nach den strengen Vorschriften des Privatversicherungsgesetzes und der Vorschriften des Reichsaufsichtsamtes eine glänzende Entwicklung genommen. Steht sie doch nach der Zahl der bei ihr angeschlossenen mehr als 2 Millionen Versicherungsverträge an erster und nach der vereinbarten Versicherungssumme in Höhe von mehr als 900 Millionen an dritter Stelle aller Lebensversicherungsgesellschaften. Ihr Vermögen beträgt zurzeit 117 Millionen Mark. Davon sind u. a. rund 67 Millionen in erstklassigen Hypotheken und 29 Millionen Mark an Gemeinden vorwiegend für den gemeinnützigen Kleinwohnungsbau angelegt und dienen so den Interessen der breiten Masse des Volkes. Den gewinnberechtigten Versicherten fließen die durch einen gut durchgebildeten Verwaltungsdienst und trotz günstiger Versicherungsbedingungen erzielten Ueberschüsse als Dividende zu. Deren Höhe betrug im letzten Jahre 30 Proz. bzw. 35 Proz. der eingezahlten Jahresprämie und wird mit den üblichen Zinsen bei Auszahlung der Versicherungssumme im Todesfall oder beim Erleben des natürlichen Ablaufs des Versicherungsvertrages mit ausbezahlt. Die dafür den Versicherten gutgeschriebene Summe beträgt gegenwärtig bereits 20 Millionen Mark, die ebenso wie die annähernd 90 Millionen Mark betragende Prämienreserve nebst den gesetzlich vorgeschriebenen und für besondere Situationen und unvorhergesehene Ereignisse gebildeten besonderen Reserven den Versicherten weitest gehende Sicherheit bieten. — Nebenher wurden die natürlichen Vorteile einer Lebensversicherung gegenüber den Geldanlagen bei Sparkassen, besonders auch unter Berücksichtigung der von der Volksfürsorge gewährten Gratisunfallversicherung durch Auszahlung der doppelten Versicherungssumme bei Unfalltod auseinandergesetzt und hervorgehoben, welche Garantien dafür bestehen, daß es einen Verfall der eingezahlten Prämien auch dann nicht gibt, wenn der Versicherte gezwungen ist, die Versicherung aufzuheben. Auch das Wesen und die Nachteile der sogenannten Abonnementsversicherung wurden erwähnt. Eingehend schilderte Genosse Streine die Grundsätze und Praxis, die die Leitung der Volksfürsorge bei der Anlage der ihr durch die mehr als 2 Millionen Versicherten anvertrauten Kapitalien und bei der Festlegung der Zinsen für langfristige Gelder befolgt. Im Vordergrund steht das Interesse der Versicherten, indessen dürfen auch die notwendigen Rücksichten auf gemeinnützige Darlehnsnehmer nicht aus dem Auge gelassen werden. Zum Schluß gab der Redner einen Ausblick auf die der Volksfürsorge noch bevorstehenden und von ihr vorbereiteten Aufgaben, durch die dem Volksganzen besonders gedient werden soll. Ein Teil dieser Aufgaben liegt auf Gebieten, die auch die Gewerkschaften und Genossenschaften, wenn auch in anderer Weise und mit anderer Zielsetzung, bearbeiten.

Kassenärzte und Notverordnung

Schon seit Bestehen der Krankenversicherung ist die Arztfrage das schwierigste Problem dieses Versicherungszweiges. Den Krankenkassen, die unbedingt zur Erfüllung ihrer Leistungspflicht Ärzte zur Behandlung und Versorgung ihrer Mitglieder brauchen, steht auf der anderen Seite eine straff organisierte Ärzteschaft gegenüber. Während auf der einen Seite die Kassen mit ihren Mitteln, die ja oft schwer genug aufzubringen sind, hausälterisch umgehen müssen, haben die Ärzte immer wieder durch Abschluß für sie sehr günstige Verträge versucht und teilweise auch erreicht, daß ihnen für die ärztliche Versorgung anständige Honorare gewährt werden. Sind die Ärzte hierdurch direkt an den Ausgaben der Kassen beteiligt, so haben sie darüber hinaus auf fast sämtliche Ausgaben der Krankenversicherung einen indirekten Einfluß. Das schon oft angeführte Wort, daß die „Ärzte den Schlüssel zum Geldschrank der Kasse“ in Händen haben, kann wegen seiner Richtigkeit nur immer wieder unterstrichen werden. Der Arzt ist es, in dessen Hand es liegt, einem Versicherten Krankengeld zu verschaffen, ihm dies oder jenes Mittel zu verschreiben usw. Die Verwaltung der Kasse hat hierauf fast gar keinen Einfluß. Es gibt nun leider eine ganze Anzahl geschäftstüchtiger Ärzte, die dem Versicherten nur zu gern dies oder jenes Mittel verordnen, auch wenn dessen Zweckmäßigkeit oder Notwendigkeit gar nicht erwiesen ist. Dieser „Dienst am Kunden“, der lediglich im Interesse des Arztes geschieht, dem Kranken nicht hilft, sondern nur die Kasse und damit die Gesamtheit der Mitglieder schädigt, wird schon seit Jahren zu bekämpfen versucht. Ein wirklicher Erfolg konnte bis jetzt leider nicht erzielt werden. Auch sonst gibt es noch eine Reihe anderer Möglichkeiten, bei denen manche Ärzte, um sich ihre Kassenmittel zu erhalten, nicht gerade hausälterisch mit den Kassenmitteln umgehen. Wenn auch einsichtige Ärzte dies bekämpfen, so liegt es doch in den heutigen Zeiten begründet, wenn ein Teil der Kassenärzte zu solchen Mitteln greift, um seine Praxis zu vergrößern.

Die bekannte Notverordnung vom 26. Juli 1930 versucht hier helfend einzugreifen und derartige unliebsame Zustände zu unterbinden. Es soll dies dadurch geschehen, daß man den Ärzten eine gewisse Verantwortung, ja sogar Haftpflicht auferlegt. Zu diesem Zwecke ist folgende Vorschrift in die Reichsversicherungsordnung aufgenommen worden:

„Der Arzt ist seiner Kasse gegenüber verpflichtet, den Kranken ausreichend und zweckmäßig zu behandeln. Er darf das Maß des Notwendigen nicht überschreiten, hat eine Behandlung, die nicht oder nicht mehr notwendig ist, abzulehnen, die Heilmassnahmen, insbesondere die Arznei, die Heil- und Stärkungsmittel, nach Art und Umfang wirtschaftlich zu verordnen und auch sonst bei Erfüllung der ihm obliegenden Verpflichtungen die Kasse vor Ausgaben soweit zu bewahren, als die Natur seiner Dienstleistungen es zuläßt. Die Bescheinigung über die Arbeitsunfähigkeit und ihre Dauer ist unter gewissenhafter Würdigung der maßgebenden Verhältnisse auszustellen. Der Arzt, der die nach den Umständen erforderliche Sorgfalt außer acht läßt, hat der Kasse den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen. Diese dem Kassenarzt obliegenden Verpflichtungen können nicht im Voraus durch Vertrag aufgehoben oder beschränkt werden.“

Außerdem sieht das Gesetz eine Bestimmung vor, daß die zwischen den Kassen und Ärzten abzuschließenden Verträge Bestimmungen gegen eine übermäßige Ausdehnung des kassenärztlichen Dienstes bei einem Arzte enthalten müssen. Ueber all diese Neuerungen werden vom Reichsausschuß für Ärzte und Krankenkassen noch besondere Richtlinien zur Durchführung erlassen. Das Wichtigste der Neuerung besteht darin, daß der Arzt, der die nach den Umständen erforderliche Sorgfalt unterläßt, der Kasse den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen hat. Die Notverordnung brachte aber auch noch weitere Neuerungen in bezug auf die Ueberwachung des kassenärztlichen Dienstes. So sind die Krankenkassen von jetzt an verpflichtet, die Bescheinigungen des behandelnden Arztes über die Arbeitsunfähigkeit und auch seine Verordnungen, insbesondere soweit sie ärztliche Sachleistungen betreffen, in den erforderlichen Fällen durch einen Vertrauensarzt rechtzeitig nachprüfen zu lassen. Bisher hatten die Krankenkassen nur das Recht, die Tätigkeit und auch die Verordnungsweise ihrer Kassenärzte durch Vertrauensärzte nachprüfen zu lassen. Dieses Recht ist jetzt zur Pflicht erhoben worden. Die Kassen sind zur vertrauensärztlichen Nachprüfung verpflichtet. Es sei an dieser Stelle noch darauf hingewiesen, daß sich die Tätigkeit dieser Vertrauensärzte weniger gegen die Mitglieder (Kranken) richten soll. Wie bereits erwähnt, ist der Zweck und Grundgedanke vielmehr der, mehr als bisher die Tätigkeit und auch die Verord-

nungsweise der Kassenärzte im Interesse der Kassenmitglieder zu überwachen. Das Reichsversicherungsamt hat die Aufgabe, hierüber noch nähere Vorschriften zu erlassen. Andere Bestimmungen, die ebenfalls neu sind, sehen eine Klärung der Rechtslage und der Verhältnisse dann vor, wenn es der Kasse nicht gelingt, mit den Ärzten einen Vertrag zu angemessenen Bedingungen abzuschließen, wenn also die ärztliche Versorgung der Kassenmitglieder und ihrer Angehörigen ernstlich gefährdet ist.

Interessant ist nun die Feststellung, wie sich die Ärzte zu diesen für sie immerhin sehr einschneidenden Änderungen stellen. In ihrer Zeitschrift „Ärztliche Mitteilungen“ nehmen die Ärzte gegen die Notverordnung ziemlich energisch Stellung. So erfreulich dies auch an und für sich ist, kann man sich über diese Stellungnahme nicht richtig freuen. Es erscheint uns mehr als wahrscheinlich, daß sich der Protest der Ärzteschaft mehr gegen die Einschränkung ihrer Freiheit richtet als gegen die Notverordnung im großen und ganzen. Die Ärzte befürchten mit Recht, daß ihnen durch die Anwendung und Durchführung der neuen Vorschriften ihre Einnahmen geschmälert werden. Dies wird ja auch zweifellos der Fall sein. Die Hauptsache, daß es soweit gekommen ist, liegt jedoch an den Ärzten selbst. Hätten sie schon früher und von sich allein die nötigen Schritte unternommen, um die oben geschilderten Verhältnisse abzustellen und hätten sie vor allen Dingen auf ihre hier in Frage kommenden Kollegen eingewirkt, so hätte es der neuen Vorschriften in so scharfem Maße gar nicht bedurft. Wir als Versicherte können uns gegen die hier in Betracht kommenden Bestimmungen der Notverordnung gar nicht so sehr stemmen. Uns liegt jedenfalls an einer Erhaltung unserer Krankenversicherung mehr, als daran, daß den Kassenärzten ihre Einnahmen ungeschmälert erhalten bleiben und daß sie nach wie vor über fast alle Ausgabeposten der Kassen restlos verfügen können bzw. auf sie allein Einfluß haben. K1—s.

Pflege die Frauen

Die Bedeutung des Achtfundentages für die Arbeiterin

Alle die Vorteile, die der männliche Arbeiter aus dem Achtfundentag zieht, genießt nicht in gleichem Maße die Arbeiterin, und doch hat für sie die Verkürzung der Arbeitszeit noch eine erheblich größere Bedeutung. Der Frau sind im allgemeinen größere Arbeitspflichten zugewiesen als dem Mann, weil sie in der Mehrzahl der Fälle Arbeiterin und Hausfrau zu gleicher Zeit ist. Auf ihren Schultern lastet eine doppelte Fron, und deshalb hat sie ein besonders großes Interesse daran, daß sie von einer übermäßig langen Arbeitszeit befreit wird.

Eine kürzere Arbeitszeit bewahrt die Arbeiterin vor körperlicher Ueberanstrengung und schon ihre Gesundheit. Da die Frau in noch geringerem Maße als der Mann eine ihr zusagende, ihren Neigungen und ihrer Begabung entsprechende Arbeit frei wählen kann, wird ihre Tätigkeit häufig zu großer Qual.

Eine verkürzte Arbeitszeit ermöglicht der Arbeiterin die Erfüllung der häuslichen Pflichten zu einer Zeit, wo sie sich noch nicht im Zustande völliger Erschöpfung befindet. Sie gewinnt dadurch Gelegenheit, ihren Haushalt reinlicher zu halten und heimlicher zu gestalten, wodurch die Gesundheit gefördert und das Familienleben glücklicher gestaltet wird.

Kürzere Arbeitszeit versetzt die Arbeiterin in den Stand, ihren Mutterpflichten in weit edlerem Sinne, in größerem Umfang und in besserer Weise nachzukommen, als dies bei langer Arbeitszeit möglich wäre. Dadurch vermindert sie Schwäche und Siedtum beim Kinde und erhält und steigert ihre Gesundheit und ihr Wohlbefinden. Die ganze Nation profitiert an einem kräftigen Nachwuchs des Volkes.

Der Achtfundentag ermöglicht der Arbeiterin eine bessere Pflege und Erziehung ihrer Kinder, wodurch die Gesundheit der ganzen Volksgemeinschaft gehoben und die sittlichen Grundlagen der Gesellschaft gestärkt werden. Eine gründlichere Erziehung und Bildung der Kinder wirkt sich in einer Steigerung der geistigen Fähigkeiten aus, die das gesamte Kulturleben befruchten und fördern. Durch die Möglichkeit größeren Anteil am Sehnen, Streben und inneren Leben ihres Gatten zu nehmen, werden die Gefahren familiärer Zerwürfnisse und ehelicher Entfremdung ver-

mindert. Die Familie als Grundlage der Gesellschaft und als freudenspendende Quelle wird durch den Achtstundentag gefestigt und geeint.

Der Achtstundentag bietet der jungen Arbeiterin Gelegenheit zur Vorbereitung und Ausbildung für ihre späteren Aufgaben als Gattin, Mutter und Hausfrau. Er vermindert die Gefahren körperlicher Verkümmern und ermöglicht durch die Betätigung im Sport die Entwicklung aller harmonischen Kräfte. Damit wird die Lebensfreude der Frau erhöht, weil sie in der Mußezeit Geist und Gemüt pflegen und sich im häuslichen oder gesellschaftlichen Kreise ihrer Veranlagung entsprechend betätigen kann.

Der Achtstundentag entzieht die Arbeiterin dem unersättlichen Profitthunger gewissenloser Unternehmer und läßt sie zur Erkenntnis ihrer traurigen Lage kommen. Auf diese Weise findet sie früher den Weg zur Befreiung aus unwürdigen Verhältnissen, als dies sonst der Fall ist.

Aus all diesen Ueberlegungen heraus führen die Frauen gemeinsam mit den Männern einen unermüdbaren Kampf um die Erhaltung des Achtstundentages und noch weiterer Verkürzung der Arbeitszeit. Nie und nimmer willigen sie in eine Verlängerung der täglichen Arbeitszeit ein, weil dies für sie gleichbedeutend wäre mit der Preisgabe eines Teils ihrer Gesundheit und ihres Lebensglücks.

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Eine Milliarde Mark Fehlbetrag ist im Reichshaushalt zu verzeichnen.

Neue Belastungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten hat das Kabinett beschlossen. Die Reichshilfe der öffentlichen Beamten und Angestellten soll von 2½ Proz. auf 5 Proz. erhöht werden, ohne zeitliche Begrenzung. Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung werden von 4½ Proz. auf 6½ Proz. erhöht.

2 983 000 Arbeitslose wurden am 15. September festgestellt, also 103 000 mehr als am 1. September. In Berlin beträgt die Zahl der Arbeitslosen 360 000.

Einführung der 40-Stunden-Woche ist eine Forderung der Metallarbeitergewerkschaften gegenüber dem Vorschlag der Berliner Metallindustriellen auf 15 Proz. Lohnabbau. Kollege Schumann trat auf dem Kongress der ZFJ ebenfalls für die 40-Stunden-Woche ein.

Wirtschaftspartei will eine Hitler-Regierung. Ihr Reichsausschuß hat am 26. September beschlossen, keine Regierung zu stützen, auf die die Sozialdemokratie Einfluß hat.

20 000 000 freigewerkschaftlich Organisierte gibt es nach dem Jahrbuch des ZGB. für 1929.

In Oesterreich ist das Kabinett Schöber am 25. September zurückgetreten. Ein Heimwehrkabinett unter Dangois ist so gut wie sicher.

904 Arbeitslose in Frankreich gibt es nur nach einer Veröffentlichung des französischen Arbeitsministeriums.

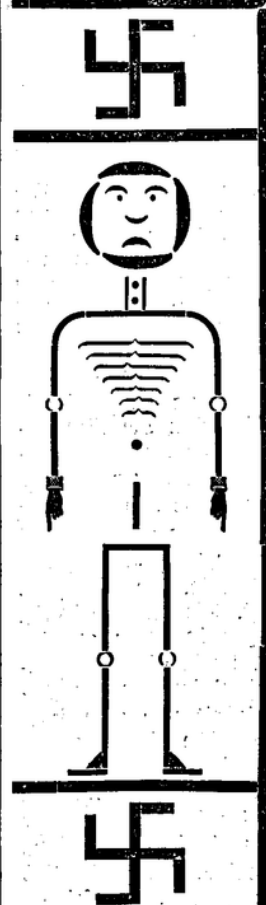
Die schwedischen Landtagswahlen am 22. September sind ein großer Erfolg für die Sozialdemokratie. Die Partei gewann zu ihren bisherigen Mandaten 30 und hat nun 470. Die Kommunisten verloren 40 Proz. ihrer bisherigen Sitze.

RUNDSCHAU

Die Arbeitsgerichte im Jahre 1929. Das Statistische Reichsamt hat jetzt den dritten Bericht über die Tätigkeit der Arbeitsgerichte herausgebracht. Der neue Bericht gibt die zahlenmäßige Darstellung der bei den Arbeitsgerichtsbehörden im Jahre 1929 erledigten und anhängigen Streitverfahren. Vergleicht man das Zahlenmaterial mit den früheren Berichten, so läßt sich feststellen, daß die Zahl der Streitfälle bedeutend gestiegen ist. Bei den Arbeitsgerichten von rund 380 000 im Jahre 1928 auf 428 000 im Jahre 1929 und bei den Landesarbeitsgerichten von 13 500 auf 16 700. An dem zahlenmäßigen Bestand der Arbeitsgerichte hat sich nichts geändert. Es waren vorhanden 527 Arbeitsgerichte, 80 Landesarbeitsgerichte und das Reichsarbeitsgericht. Wesentlich zugenommen hat aber die Zahl der von den einzelnen Gerichten erledigten Verfahren, was sich aus der allgemeinen Steigerung der Streitfälle ergibt. — Von der Gesamtzahl der im Jahre 1929 bei den Arbeitsgerichten anhängigen Rechtsstreitigkeiten entfallen 274 640 Fälle auf Arbeiter, 109 880 auf Angestellte und 40 084 auf das Handwerk. Gegenüber 1928 sind die Rechtsstreitigkeiten am stärksten gestiegen bei den Angestellten, nämlich um 22,4 Proz., bei den Arbeitern dagegen nur um 9,8 Proz. Rund 403 000 Streitigkeiten ergaben sich aus dem

Arbeits- und Lehrverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern. Nur in 24 000 Fällen lagen andere Ursachen zugrunde. Bemerkenswert ist die Erledigung der Rechtsstreitigkeiten. Es wurden erledigt durch Vergleich im Güterverfahren 98 000 Fälle, durch Zurücknahme der Klage 82 000, durch Vergleich im streitigen Verfahren 47 700, durch Versäumnisurteil 44 000 Fälle. In den meisten Fällen dauert der Rechtsstreit 2 Wochen bis 1 Monat, in 5000 Fällen über 3 Monate. Es wird festgestellt, daß in der Durchführung der Streitigkeiten eine Verlangsamung eingetreten ist. — Der Wert des Streitgegenstandes betrug bei 25,4 Proz. der Gesamtfälle 20 bis 60 Mk., bei 22,7 Proz. 100 bis 300 Mk., bei 17,6 Proz. 300 Mk. bis zur Revisionsgrenze, bei 16,8 Proz. 60 bis 100 Mk. und bei 16,5 Proz. bis 20 Mk. Ueber die Revisionsgrenze lagen bei den Arbeitsgerichten 4130 Fälle gegen 3380 im Jahre 1928. Die stärkste Beschäftigung hatten die Arbeitsgerichte Berlin, Köln, Hamburg, Breslau, Leipzig, Frankfurt a. M., Dresden, München, Düsseldorf, Dortmund, Essen und Chemnitz, die zusammen 168 000 Streitigkeiten zu erledigen hatten. Rund 100 Arbeitsgerichte hatten 1 bis 50 Streitigkeiten zu erledigen. — Bei den Landesarbeitsgerichten wurden 32,6 Proz. der Berufungen zurückgewiesen, 13,2 Proz. wurden stattgegeben, 7,2 Proz. wurden durch gemischte Entscheidungen und 3,9 Proz. durch Versäumnisurteil erledigt. Rund 5900 Berufungen oder 43 Proz. der Gesamtzahl fanden auf andere Weise ihre Erledigung. Ein Landesarbeitsgericht hatte über 1000 Berufungen, 30 Landesarbeitsgerichte 1 bis 50 Berufungen zu erledigen. Der Wert des Streitgegenstandes betrug hier in 11 600 Fällen oder in 70 Proz. der Gesamtfälle mehr als 300 Mk. bis zur Revisionsgrenze. Der Zeitraum der Erledigung dauerte bei rund 48 Proz. 1 bis 2 Monate. Die Zahl der Beschwerden, über die die Landesarbeitsgerichte zu entscheiden hatten, ist von 1270 im Jahre 1928 auf 1877 im Jahre 1929 gestiegen. — Beim Reichsarbeitsgericht waren 1929 959 Revisionen gegen 762 im Jahre 1928 anhängig. Beendet wurden 720 Revisionen, davon 132 durch Stattgabe, 278 durch Zurückweisung, 114 durch gemischte Entscheidungen, 32 durch Versäumnisurteil und 164 fanden ihre Erledigung auf andere Weise. Bei 375 Revisionen betrug der Wert des Streitgegenstandes weniger als 300 Mk. Revisionsbeschwerden wurden 72 eingereicht.

C. II.



Die gelbe Morgenröte

Quatel jauchzt: Heil, Hitler, heil!
Den Sozi traf dein Donnerkeil!
Du hast ihn ohne Furcht und Zagen
Kreuzhakenkreuzgelähmt geschlagen!

Jetzt bricht für jeden Arbeitsmann
Die gelbe Morgenröte an.
Jetzt gibt es Arbeit und Moneten,
Da kann ich mir eins mehr verdienen.

Gebenedeit, gesegnet sei —
Na zdar! — die Tschekoslowakei!
Dort hat 'ne Jungfrau aus Erlören
Den größten Deutschen uns geboren.

Kreuzhakenbombenelement!
Jetzt hat die rote Pest ein End!
Bald werden auf Laternenpfählen
Die Bonzen ihre „Nüben“ zählen.

Dann gibts kein Arbeitslosenheer
Und keine Unterstützung mehr.
Die Leistung wird den Lohn bedingen
Und auch mehr Arbeitslust erzwingen.

Des großen Adoff starke Hand
Zerschmettert jeglichen Verband.
Wer streikt, bekommt die blaue Bohne
Aus Hitlers Nazi-Spahnkane.

Weil der Chef der Firma Went
Meine Nazi-Gelbucht kennt,
Gibt er mir mit guten Kosten
Einen Trüdeberggepöten.

Quatel (siehe Zeichnung) klönt:
Wenn der A.-H.-Marsch erdröhnt,
Salutieren Heil und Segen
Alle Bretter vor dem Brügen!

Victor Kalinowski.